

Nicht einmal antikapitalistisch ist *erst recht* nicht revolutionär genug!

+++ Mein abschließender Diskussionsbeitrag im [blog von nao-prozess.de](http://blog.von.nao-prozess.de):
Bilanz von Anfang und [manifest-em](#) Ende der 2 ½-jährigen Debatte
über die Schaffung einer Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) +++

Übersicht:

Eine kurzer Blick zurück	2
Ein geeigneter Zeitpunkt für eine Zwischenbilanz.....	2
Was ist aus dem revolutionären Anspruch geworden?	4
a) März 2011: Die Zaghafteigkeit des SIB-NEP	4
b) Spätsommer 2011 – Frühjahr 2013: Die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs als NaO-Prozeß-Konsens	5
c) Ende 2013: Revolutionäre NaO – Das war einmal.....	6
Wie erging es dem antikapitalistischen Anspruch des SIB-NEP?.....	7
Zur gesellschaftlichen Lage.....	10
Zur Frage der Regierungsbeteiligung in bürgerlichen Staaten	12
Ist der Iran das Vaterland der ProletariatInnen?	14
Was ist aus dem Nebenwiderspruchs-Denken geworden?	15
„Unterdrückung“?!.....	18
Ist die Zeit für eine NaO-Gründung reif?	22
Resümee	24
Anhänge	28
Anhang 1: FN [6] - [8] meines Papiers „Zehn Punkte die wir diskutieren sollten“ vom Juni 2011	28
Anhang 2: Auszug aus FN [1] meines „Zehn Punkte“-Textes.....	29
Anhang 3: Frank Richards, <i>The Question of the International</i>	30
Anhang 4: „Die Jugend“ gibt es nicht!	32

Eine kurzer Blick zurück

Vor gut 2 ½ Jahren, Ende März 2011 veröffentlichte die [Sozialistische Initiative Berlin-Schöneberg](#) (inzwischen nur noch: „Berlin“) ihr „**Na endlich!**“-**P**apier (im folgenden: SIB-NEP) an verschiedenen Stellen im internet¹. Ein paar Wochen später, Mitte Mai 2011, schrieb ich meine Antwort „Antikapitalistisch ist nicht revolutionär genug!“². Unter dieser Überschrift drückte ich im seinerzeitigen Text zweierlei aus: (1.) Eine Organisation, die nur den Klassenwiderspruch, aber nicht auch Rassismus und Patriarchat als bestimmend für die gesellschaftliche *Struktur* und als revolutionär zu überwinden ansieht, ist nicht revolutionär genug. Und (2.): Eine Organisation, die sich auf den in der Überschrift des „Na endlich“-Papiers postulierten Antikapitalismus beschränkt, wird allein dadurch noch nicht dem – an zahlreichen Stellen des SIB-NEP postulierten – *revolutionären* Anspruch gerecht. Denn es gibt Antikapitalistinnen, die meinen, die kapitalistische Produktionsweise ließe sich auf *nicht-revolutionäre* Weise überwinden. *Den eigenen revolutionären Anspruch Ernst zu nehmen, verlangt politische und organisatorische Eigenständigkeit* im Verhältnis zu [gradualistischen](#)³ (schrittweisen) Möchte-Gern-Kapitalismus-ÜberwinderInnen und reformistischen Kapitalismus-VerschönerInnen zu wahren.

Außer der Erläuterung dieser beiden Kritikpunkte machte ich in meinem damaligen Papier Anmerkungen zu vier Punkten: (1.) Zur gesellschaftlichen Lage, (2.) zur Lage der Linken, (3.) zum Thema Antiimperialismus/Anti-Deutsche sowie (4.) zum Thema Bündnispolitik. Auf diese vier Themen soll im folgenden zurückgekommen werden.

Ein geeigneter Zeitpunkt für eine Zwischenbilanz

Denn mittlerweile ist die seinerzeit begonnene Debatte zu einem Abschluß gekommen. Diese Debatte⁴ bekam nach einiger Zeit einen eigenen Namen: NaO-Prozeß (*Diskussionsprozeß über die Schaffung einer neue antikapitalistischen Organisation*). An diesem Diskussionsprozeß beteiligten sich zeitweilig elf Gruppen als Voll-Beteiligte (zuletzt: [GAM](#), [InterKomm](#), [isl](#), [RSB](#) und [SIB](#)) oder BeobachterInnen (zu unterschiedlichen Zeitpunkten: [IBT](#), [\[paeris\]](#), [Revolution](#), [RIR](#), [RSO](#), [scharf-links](#), [SoKo](#), [trend](#)) sowie einige weitere Gruppen ([AKKA](#), [Avanti](#), [MI](#), [PRB](#) und [RIO](#)) sowie ein paar Individuen als PapierautorInnen. Die [SAV](#) beteiligte sich an einer [Podiums-Diskussion zum NaO-Prozeß](#).

Von diesen 19 Gruppen bzw. online-Zeitungen haben sich nun vier Gruppen mehr oder *minder*⁵ auf ein sog. Programmatisches Manifest (s. pdf-Datei:

¹ Auf der alten homepage der [SoKo](#) (.pdf-Datei), in der [Linken Zeitung](#), im blog [Rote Predigt](#), bei [scharf-links](#) und [trend](#) sowie später in den eigenen blogs [arschhoch](#) und [nao-prozess.de](#).

² In meinem privaten blog [Theorie als Praxis](#); bei [scharf-links](#); später Verlinkung bei [trend](#) sowie in den blogs zum NaO-Prozeß [arschhoch](#) und [nao-prozess.de](#).

³ Zum Begriff vgl. auch dort: <http://de.indymedia.org/2012/08/333851.shtml?c=on>, FN [4].

⁴ <http://www.nao-prozess.de/blog/>, <http://scharf-links.de/265.0.html> und <http://www.trend.infopartisan.net/antikap-archiv2011.html>.

⁵ Die GAM hat viele ihrer Inhalte, die sie ursprünglich (auch) für das Manifest vorgeschlagen hatte, zurückgestellt (s. dazu: <http://www.nao-prozess.de/blog/methodisches-zu-politischen-inhalten-und-organisierung/>, Abschnitt I.); mittlerweile hat sie im Demokratie-Abschnitt des Manifestes (S. 13 - 16) Sätze unterschrieben, die ihrer eigenen

http://TheoriealsPraxis.blogspot.de/images/131215_NAO_Manifest.pdf) und die Gründung zunächst einer Berliner NaO, die dann Ausstrahlung auf weitere Städte haben soll⁶, geeinigt. Dies sind die SIB, die GAM und deren Jugendorganisation Revolution sowie (mit einem Vorbehalt und verschiedenen Anmerkungen zum Manifest⁷) die isl. Mit der SYKP wird das Manifest außerdem von einer Gruppierung, das am NaO-Prozeß und der Erstellung des Manifestes nicht beteiligt war – also quasi: *blanco* –, unterschrieben (S. 32).

Die [SoKo](#) hat sich bei der Abstimmung über das Manifest Ende Sept. der Stimme enthalten.

[IBT](#), [InterKomms](#), [paeris] und RSB haben dagegen – im unterschiedlichen Ausmaß – inhaltliche Einwände gegen den Text des Manifestes und halten eine (Berliner) NaO-Gründung für voreilig und wenig erfolgsträchtig; sie werden sich nicht daran beteiligen.⁸ Letzteres kann auch für [AKKA](#), [Avanti](#), [PRB](#) und [RIO](#) (s. die verlinkten Papiere) sowie SAV als gesichert gelten; wie sich RIR⁹ und MI¹⁰ verhalten werden, ist unklar, da sie sich noch nicht abschließend geäußert haben und sich auch ohnehin nur sehr sporadisch an der NaO-Debatte beteilig(t)en.

Der NaO-Prozeß wird daher von nun getrennte Wege gehen: <http://nao-prozess.de/nao-prozess-geht-kuenftig-getrennte-wege/>.

Damit dürfte ein geeigneter Zeitpunkt gekommen zu sein, um zu fragen: Was haben 2 ½ Jahre Diskussion gebracht? Welche meiner damaligen Kritikpunkte sind ausgeräumt worden? Welche haben sich bestätigt? Wo lag ich falsch? Welche Kritikpunkte sind hinzugekommen? – Schließlich: Hat's sich gelohnt?

Programmatik direkt widersprechen (s. dazu: <http://www.nao-prozess.de/blog/eine-neue-tolle-nao-idee-den-kapitalismus-demokratisch-abschaffen/>). Zu weiteren Sollbruchstellen im Verhältnis von SIB und GAM s. <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2013/07/31/zuspitzung-im-nao-prozess-sib-und-gam-gegen-fast-alle/>, Abschnitt 8.

⁶ „wir hoffen natürlich, dass sich Andere in anderen Städten dadurch [durch die Gründung einer Berliner NaO] zu ähnlichen Aktivitäten ermuntern lassen.“ ([http://scharf-links.de/266.0.html?&tx_ttnews\[pointer\]=2&tx_ttnews\[tt_news\]=37804&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=b420911c54](http://scharf-links.de/266.0.html?&tx_ttnews[pointer]=2&tx_ttnews[tt_news]=37804&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=b420911c54))
 „Wir fangen mit der Gründung der NAO in Berlin an und werden dann systematisch in der Bundesrepublik Gruppen der NAO aufbauen, sodass in einem überschaubaren Zeitraum eine bundesweite NAO entstehen wird.“ (<http://www.nao-prozess.de/blog/zum-stand-des-nao-prozesses-2/>)

⁷ „Wir kündigen einen Vorbehalt an: Aus unserer Sicht muss das Manifest sich klar für eine Zusammenarbeit mit den antikapitalistischen Kräften in der Linkspartei aussprechen, sonst sind alle Bekenntnisse zur Einheit überflüssig.“ (Als ob das Manifest dies nicht ohnehin schon macht...) „Ansonsten halten wir das Manifest für einen guten ersten Annäherungsschritt und unterstützen es *in diesem Sinne*.“ / „Aus unserer Sicht weist es *zwei große Schwachstellen* auf: die Behandlung der Entwicklungen in der Arbeiterklasse (etwa zentrale Fragen wie die *Entwicklung des Klassenbewusstseins*, Arbeitszeitverkürzung, Konflikte zwischen Arbeit und Umwelt) und die Behandlung der EU und der Rolle Deutschlands darin sind ungenügend. *Hier müssten Abschnitte neu formuliert werden*. [...] Andere Kritikpunkte liegen im Rahmen der normalen Bandbreite von Differenzen.“ (<http://nao-prozess.de/stellungnahme-des-sekretariats-der-isl-zum-nao-prozess/> – meine Hv.) – Zu den Themen „Entwicklungen in der Arbeiterklasse“ und EU hatte die isl bereits im Rahmen des Diskussionsprozesses über das Manifest Entwürfe vorgelegt, die aber – nach dem „Vorbehalt“ zu urteilen – von SIB und GAM nicht zur Zufriedenheit der isl in den Manifest-Entwurf eingearbeitet wurde. Es knirscht im Gebälk der NaO also schon, bevor sie überhaupt gegründet wurde.

⁸ S. zusammenfassend zu den inhaltlichen Einwänden von IBT, InterKomm und [paeris]: [http://www.scharf-links.de/266.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=37944&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=3c11caa7f0](http://www.scharf-links.de/266.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=37944&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=3c11caa7f0), Abschnitt I.4.

⁹ Auch Mitglieder der RIR äußerten sich beim 7. bundesweiten Treffen zum NaO-Prozeß in Kassel kritisch zur damals vorliegenden Fassung des Manifest-Entwurfes. Das RIR-Mitglied Pitt legte bereits im März eine Lageanalyse vor, die ganz anders ausfällt als die im Manifest-Entwurf; außerdem spricht er im gleichen Papier von „*einem Bündnis* der antikapitalistischen und revolutionären Linken“ und nicht sogleich von NaO (<http://www.nao-prozess.de/blog/zur-politischen-lage-und-unseren-aufgaben/>; Hv. i.O.).

¹⁰ Ein MI-Mitglied hatte sich im März [sehr kritisch zum Zwischenstand der Essential-Diskussion von Anfang Januar geäußert](#); seitdem ist die MI im NaO-Prozeß weder per mail noch in Person von Mitgliedern in Erscheinung getreten. Für die jetzigen NaO-GründerInnen spielen die Essentials aber keine Rolle. – Allerdings hatte sich die MI ohnehin an *keinem einzigen* der bundesweiten Treffen zum NaO-Prozeß beteiligt (auch nicht an denen, die in Berlin stattfanden). Ausschließlich bei der NaO-Sommer-Debatte 2012, sowie bei einigen wenigen regionalen Berlin-Potsdamer Treffen und bei Sitzungen bei der Essential-AG war die MI im Laufe des Jahres 2012 vertreten.

Was ist aus dem revolutionären Anspruch geworden?

a) März 2011: Die Zaghaftheit des SIB-NEP

Bereits in meinem Artikel vom Mai 2011 vermerkte ich

- „die eigenen revolutionären Positionen wieder mit ein wenig mehr Selbstbewusstsein zu vertreten“ (SIB-NEP – Hv. hinzugefügt) – das höre sich „für meinen Geschmack [...] noch zu zaghaft an“.
- in meinem zweiten Papier zum NaO-Prozeß (*Zehn Punkte, über die wir diskutieren sollten*) vom Juni 2011 ergänzte ich:

„a) Die Papier-Verfasser schreiben [...]: ‚RevolutionärInnen sollten sich deshalb nur an solchen Regierungen beteiligen, die den tatsächlichen Bruch angehen wollen und können, sich also auf revolutionäre Mobilisierungen, Massenstreiks etc. und nicht auf Parlamentsmehrheiten stützen.‘ (meine Hv., dg). Außerdem zitieren die Autoren aus einem [Avanti-Text](#), ‚Unsere Überzeugung war und ist, dass die heutige Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung *revolutionärer Organisationen* braucht.‘ (S. 7 – meine Hv., dg), und fügen dann hinzu: ‚Wenn Ihr euch jetzt noch traut, ‚Beteiligung‘ durch ‚Führung‘ zu ergänzen (nicht zu ersetzen!), sind wir uns schon einig.‘ [...].

Auch in weiteren Sätzen, wie diesem Satz: ‚Deshalb muss es u. E. in einer revolutionären Organisation das Recht auf die Bildung von Tendenzen / Plattformen geben, ohne dass das dazu führt, sich nur noch mit sich selbst zu beschäftigen.‘, spricht die *SI Schöneberg* von ‚revolutionäre[r] Organisation‘.

Ich gehe danach davon aus, daß es nach den Vorstellungen der Papier-Schreiber um die Gründung einer Organisation gehen soll, die explizit einen revolutionären Anspruch vertritt, und ich finde diesen Vorschlag richtig [...].

b) An anderer Stelle des Papiers wird – noch deutlicher (?) – ‚das Konzept des revolutionären Bruchs‘ als einer von ‚5 unverhandelbare[n] Punkte[n]‘ bezeichnet, wobei mir aber nicht ganz klar [wird], ob dies ausschließlich heißen soll, daß die Verfasser nicht bereit sind (*für sich*) von diesen Punkten abzugehen, oder daß diese fünf Punkte Konsens in der eventuell zu gründenden Organisation sein sollen. Jedenfalls bin ich *selbst* der Ansicht, daß ein revolutionärer Anspruch dahingehend konkretisiert werden muß, daß deutlich gesagt wird, daß

- eine Revolution zwar kein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß ist, daß dieser Prozeß aber einen Bruch einschließen muß; daß früher oder später in diesem Prozeß (so er denn überhaupt stattfindet) die ‚Machtfrage‘ auf den Tisch kommt.
- folglich ein revolutionärer Anspruch und eine revolutionäre Praxis von Konzeptionen der bruchlosen Anhäufung von graduellen Veränderungen, wie sie sowohl in autonomen ‚Freiraum‘-, spät-RAF-lerischen ‚Gegenmacht‘- [...] als auch] links-linksparteilichen ‚Transformations‘-Konzeptionen in (je unterschiedlicher Weise) artikuliert werden, zu unterscheiden sind. Streben derartige Konzeptionen zwar – ebenso wie revolutionäre – eine qualitative (d.h.: nicht nur reformerische) Gesellschaftsänderung an, so setzten sie doch auf eine untaugliche – da machtpolitisch naive – politische Strategie.

c) Damit scheint allerdings eine **Beteiligung des Mittelspektrums** zwischen Linkspartei- und Bewegungs-*mainstream* ([isl](#), [IL](#)) einerseits sowie RevolutionärInnen (und Linksradikalen) andererseits an dem neuen Projekt *ausgeschlossen* zu sein, sofern das Mittelspektrum

- nicht auf explizit revolutionäre Positionen übergeht

bzw.,

- soweit es sie eh schon einnimmt, in Zukunft weiterhin nicht bereit sein sollte, sie offensiv in sozialen Bewegungen, Bündnissen usw. zu *vertreten* (wenn auch nicht zur Bündnis-*voraussetzung* zu machen).

Denn die *isl* charakterisiert sich zwar selbst als revolutionär, aber die von ihr angestrebte Neuformulierung [*recte*: Neuformierung] der Linken soll anscheinend breiter angelegt sein: ‚In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionärmarxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns.‘ (<http://www.islinke.de/pdf/isl-extra14.pdf>, S. 3 [Randspalte: ‚Was wir wollen‘]). [6]

Die *IL* tendiert in einem Selbstverständnis-Text von 2008 sogar dahin, den Begriff ‚revolutionär‘ mit als falsch angesehenen Haltungen und Praxen in Verbindung zu bringen, und ‚antagonistisch‘ für die als richtig angesehenen zu verwenden. Der Sprachgebrauch ist allerdings nicht ganz eindeutig. [7] Und die Rede über ‚Organisierungsprozesse *mit* antagonistischer

Perspektive' (meine Hv.) macht es schon sprachlich schwierig, über die *spezifische* Aufgabe von Organisationen für die Wiedergewinnung einer ‚antagonistischen‘ – oder revolutionären – Perspektive zu sprechen. [8]" (<http://www.trend.infopartisan.net/trd0611/t030611.html> – meine damaligen FN [6] - [8] finden sich nun auch im hiesigen Anhang 1; siehe unten)

b) Spätsommer 2011 – Frühjahr 2013: Die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs als NaO-Prozeß-Konsens

Meine Lesart des SIB-NEP („*Ich gehe danach davon aus, daß es nach den Vorstellungen der Papier-Schreiber um die Gründung einer Organisation gehen soll, die explizit einen revolutionären Anspruch vertritt*“), für die ich mich auch noch auf den Satz im SIB-NEP, „*Die neue Organisation wird revolutionär sein oder sie wird gar nicht sein*“, hätte berufen können, schien dadurch Bestätigung zu finden, daß mich die – damals noch – SIBS im Aug. 2011 einlud, ihr Mitglied zu werden. Im Nov. 2011 wurde jene Lesart die offizielle Beschlußlage der – mittlerweile – SIB (nun also ohne „Schöneberg“ am Namensende); beim dritten bundesweiten Treffen zum NaO-Prozeß im März 2012 und mit dem gemeinsamen Selbstdarstellungs-Flugblatt von InterKomms, RSB, [scharf-links](#), SIB und SoKo zum NaO-Prozeß auch dessen offizielle Beschlußlage.

Am 29.11.2011 veröffentlichte die SIB ihren Beschluß vom Vortage, in dem sie in Abgrenzung von den AutorInnen des sog. [Bochumer Programms](#) schrieb:

„Wir halten an unseren fünf im ‚Na endlich‘-Papier benannten Schmerzgrenzen fest. Dies heißt nicht, daß wir nicht auch bereit wären, über diese fünf Schmerzgrenzen zu diskutieren. Aber der blog soll vor allem der Verständigung jener Gruppen und Einzelpersonen aus einem breiten marxistischen, (post)autonomen und (post)antiimperialistischen sowie anarchistischen Spektrum, das diese fünf Essentials teilt, dienen – und zwar mit dem Ziel einer Klärung, welche *weiteren* Fragen vor einer eventuell Organisationsgründung beantwortet werden sollten und wie sie zu beantworten wären. – Die SAV hat in der Berliner [Veranstaltung am 3.5. in der Werkstatt der Kulturen](#) zurecht festgestellt, daß allein auf der Grundlage unserer fünf Essentials keine Organisationsgründung möglich ist.“

(<http://www.nao-prozess.de/blog/zum-stand-der-programm-und-organisierungsdebatte/>)

Damit wurde klargestellt: Die sog. „Essentials“ (die „unverhandelbaren Punkte“ des SIB-NEP) definierten nicht nur den Kern des damaligen Selbstverständnisses der SIB, sondern sie sollten nach den damaligen Vorstellungen der SIB auch den Kern des Selbstverständnisses einer künftigen NaO definieren.

In der Abschlusserklärung zum Duisburger NaO-Prozeß-Treffen im März 2012 hieß es:

„Die Mehrheit der TeilnehmerInnen hält an der Methode einer offenen Debatte in einem breiten Spektrum von Linken, von Feministinnen über MarxistInnen bis hin zu (Post)autonomen und (Post)antiimps, mit dem Ziel der *Gründung einer* neuen – mindestens antikapitalistischen – *Organisation der subjektiven RevolutionärInnen* fest.“

(<http://nao-prozess.de/gemeinsame-texte/erklarungen-zu-treffen/erklarung-zum-treffen-in-duisburg-im-maerz-2012/> / <http://www.nao-prozess.de/blog/abschlusserklärung-des-duisburger-treffens-von-vertreterinnen-von-interkomms-rsb-soko-und-sib/> – meine Hv.)

Damit war klargestellt: Es geht im NaO-Prozeß nicht nur irgendwie um Antikapitalismus, sondern um *revolutionären* Antikapitalismus. Umstritten blieb allerdings weiterhin die Frage, ob und inwiefern eine NaO auch feministisch und antirassistisch sein sollte; daher das „mindestens antikapitalistischen“ in dem angeführten Zitat.

In dem gemeinsamen Selbstverständnis-Flugblatt vom Mai 2012 hieß es dann:

„In ihrem ‚[Na endlich'-Papier](#) vom März 2011 schrieb die SIB: ‚damit die Mahlzeit trotz ‚Nahrungsvielfalt‘ nicht ungenießbar wird, müssen alle Beteiligten auch ihre ‚Schmerzgrenzen‘ definieren und artikulieren. Für uns gibt es nur 5 unverhandelbare Punkte: 1. Konzept des revolutionären Bruchs, 2. Keine Mitverwaltung der kapitalistischen Krise, 3. Klassenorientierung, 4. Einheitsfront-Methode, 5. (Eine gewisse) organisatorische Verbindlichkeit.’

So in Stein gemeißelt waren die fünf ‚unverhandelbaren Punkte‘ dann doch nicht... Auch die SIB beansprucht nicht, ein ‚Konzept‘ des revolutionären Bruchs in der Tasche zu haben, das nur noch seiner Umsetzung harren würde. Wir sprechen daher inzwischen gemeinsam von der ‚Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs‘.“

Außerdem wurde dort präzisiert:

„Wir denken, dass es an der Zeit ist, nach zwei Jahrzehnten linker und feministischer Bescheidenheit wieder die Systemfrage zu stellen. Und wir sind überzeugt, dass es ohne revolutionäre Organisation nicht möglich ist, sie in wirksamer Weise zu beantworten. [...]. Wir sind daher überzeugt, dass es einer linken Struktur bedarf, die programmatisch links von der Linkspartei und auch links der Interventionistischen Linken (IL) steht.“

(<http://nao-prozess.de/gemeinsame-texte/selbstdarstellungs-flugblatt-vom-mai-2012/> / <http://www.nao-prozess.de/blog/in-kuerze-auch-als-flugi-nao-muss-das-wirklich-sein-von-ik-rsb-sib-u-soko/>)

Und selbst im März 2013 billigte die SIB noch einstimmig (oder bei einer Enthaltung – ich bin mir meiner Erinnerung hinsichtlich der evtl. Enthaltung nicht ganz sicher) das Arbeitsergebnis der Essential-AG des NaO-Prozesses, wo es hieß:

„Für die überschaubare Zukunft kommt es uns für den NAO-Prozess darauf an, sicherzustellen, dass in der BRD eine wahrnehmbare Kraft entsteht, [...]. Sie soll [...] auf die eigenständige Organisation der RevolutionärInnen setzen.“

Auch der „revolutionäre Bruch“ war dort noch enthalten und wurde im Sinne des „Bruch[s] mit dem bürgerlichen Staat und der Macht des Kapitals“ und durch die Ergänzung,

„Die bürgerlichen Gewaltapparate sollen insgesamt mit den dafür notwendigen Mitteln abgeschafft [...] werden.“,

konkretisiert.

c) Ende 2013: Revolutionäre NaO – Das war einmal...

Nun, ein 3/4 Jahr später, ist alles anderes: Nach dem jetzt – von SIB, GAM, Revolution und isl als „vorläufiger programmatischen Grundlage“ vereinbarten – Manifest-Entwurf soll die künftige NaO für RevolutionärInnen und *andere* AntikapitalistInnen offen sein.¹¹ Der Begriff „revolutionärer Bruch“, der schon im Manifest-Entwurf vom April dieses Jahres¹² nur noch versteckt im Ökologie-Abschnitt vorkam¹³, ist nun ganz weggefallen; die damals nachfolgende Zwischenüberschrift „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark“ wurde durch „So einfach und so schwer zu machen!“ (S. 11) ersetzt. Auch die Gesamt-Überschrift des Manifestes, die bisher „Antikapita-

¹¹ „Dieses Manifest ist [...] ein erster Schritt zu einer späteren Organisation. Mit dem Prozess einer gemeinsamen praktischen Arbeit und theoretischen Diskussion wollen wir einen Beitrag leisten, die Zersplitterung der anti-kapitalistischen und revolutionären Kräfte in Deutschland zu überwinden.“ (S. 3; meine Hv.) / „Die NAO soll [...] attraktiv sein für die vielen bislang vereinzelt und verstreuten AntikapitalistInnen in Deutschland.“ (S. 30)

¹² Zum damaligen Stand der Diskussion s.: <http://www.nao-prozess.de/blog/zum-stand-des-nao-prozesses/>.

¹³ „Wir werden für die Einsicht werben, dass es keine ‚Reparatur der Umwelt mit kapitalistischen Mitteln‘ geben kann. Im Gegenteil: Hier kann nur ein revolutionärer Bruch mit dem Kapitalismus weiterhelfen: für die Beseitigung der eingetretenen Umweltschäden genauso wie für die Durchsetzung eines Wirtschaftens, welches unsere Umwelt nicht dauerhaft schädigt.“

lismus braucht revolutionäre Organisierung ... wir hätten da einen Vorschlag“ lauten sollte, wurde auf den letzten Drücker in „Manifest für eine Neue antikapitalistische Organisation“ geändert.

Auch die Abschaffung der „bürgerlichen Gewaltapparate“ und die „dafür notwendigen Mittel“ (aus den Essentials) kommen in dem Manifest-Beschluß nicht vor.

Statt dessen wurde – seit April – in dem Manifest neu ein „Demokratie“-Abschnitt eingefügt, der die – den gesellschaftlichen Klassen gegenüber (sowie gegenüber Rassismus und Patriarchat) neutrale – Rede von „echter“, ‚realer‘ oder ‚authentischer‘ Demokratie“ als etwas bezeichnet, das „zuerst einmal positiv aufzunehmen“ (S. 14) sei, und der genauso pauschal eine „massiven Ausweitung demokratischer Rechte“ verspricht (ebd.), ohne auf die Verschärfung der Widersprüche in einem revolutionären Prozeß einzugehen (siehe dazu die von systemcrash und mir kürzlich vorgelegte Kritik: <http://www.nao-prozess.de/blog/eine-neue-tolle-nao-idee-den-kapitalismus-demokratisch-abschaffen/>). – Ende Juli hatte Martin Suchanek von der GAM dagegen noch behauptet: „Einigkeit herrscht in der bisherigen Programmdebatte zwar darüber, dass Demokratie keine klassenneutrale Sache, sondern immer die Herrschaftsform einer bestimmten Klasse ist und daher auch der Ruf nach ‚echter Demokratie‘ kritisch zu betrachten ist.“ (<http://www.nao-prozess.de/blog/nao-prozess-am-wendepunkt/>) – tja so schnell kann sich die Fahne der GAM im Wind drehen: „echte Demokratie“ – vor ein paar Wochen noch „kritisch zu betrachten“ und jetzt: „zuerst einmal positiv aufzunehmen“...

Wie erging es dem antikapitalistischen Anspruch des SIB-NEP?

Das „Na endlich“-Papier der SIB (SIB-NEP) wußte noch:

„Nicht die Herstellung eines Produkts ist das entscheidende Kriterium (sonst wäre auch der Bauer Proletarier), sondern die Stellung im Produktionsprozess [...]“

„Relevant ist nicht die Benennung der Tätigkeit (Arbeiter, Angestellter, Wissensarbeiter), sondern die Frage, ob es sich um Lohnarbeit handelt oder nicht.“

„Das Einzige, worauf er [der Kapitalismus] nicht verzichten kann, ist die Mehrwertproduktion.“

und selbst der Begriff „Produktionsweise“ kam im SIB-NEP vor; und in einer (von mir im übrigen aber nicht geteilten Stelle [Ablehnung der Interpretation des ‚Real‘-Sozialismus als „Staatskapitalismus“]) wurde der relative Fortschritt, den die Verstaatlichung der Produktionsmittel im ‚Real‘sozialismus gegenüber kapitalistischen Gesellschaftsformationen bedeutete, anerkannt.

Im jetzt beschlossenen Manifest kommt nicht einmal die vorsichtige „Allmähliche Expropriation [Enteignung, dg] der Grundeigentümer, Fabrikanten, Eisenbahnbesitzer und Schiffsreedere, teils durch Konkurrenz der Staatsindustrie, teils direkt gegen Entschädigung in Assignaten [während der Französischen Revolution von 1790-1796 zwecks der Tilgung von Schulden gedrucktes Papiergeld, dg]“ ([MEW 4](#), 459 - 493 [481]) vor. Auch ähnliche Formulierungen wie die Vergesellschaftung oder – immerhin – „Verstaatlichung“ der Produktionsmittel; nicht einmal die Enteignung der „Banken und Konzerne“ kommen in dem Manifest vor.

Allein in verwaschenen Formulierungen, wie „Sie [Rätedemokratische Strukturen] *verweisen auf* eine andere Form der gesellschaftlichen Organisation, die mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der bürgerlichen Herrschaft unvereinbar ist.“ (S. 15; meine Hv.), ist eine eventuelle Enteignung der Produktionsmittel-BesitzerInnen angedeutet – Ich würde sagen: Derartige verwaschenen Formulierungen „*verweisen auf*“ die Angst der NaO-„AntikapitalistInnen“ vor ihrer eigenen Courage...

Auch die Überwindung des Lohnarbeitsverhältnisses kommt nur *indirekt* in dem Manifest-Entwurf vor, in *einer* der beiden Varianten des Abschnittes zum Geschlechterverhältnis bzw. – wie es dort heißt – zur „Frauenunterdrückung“:

Kapital und bürgerliche Politik könnten die „geschlechtsspezifische Arbeitsteilung“ und den „Privatcharakter der Hausarbeit“ nicht angreifen, „weil damit auch das Lohnarbeitsverhältnis, also Kauf und Verkauf der Arbeitskraft als Ware – und damit aber auch ein System verallgemeinerter Warenproduktion – in Frage gestellt werden müsste.“ (S. 18).

Die Manifest-Autoren (es sind ausschließlich Männer) **haben nicht einmal die Courage, offen und direkt zu erklären, daß die Überwindung des Kapitalismus** (die *Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln* sowie) **die Überwindung der Lohnarbeit erfordert, und daß sie sie deshalb anstreben** (sondern verstecken diesen Gedanken in der Formulierung, daß *das Kapital* etwas Bestimmtes nicht machen kann, weil es das Lohnarbeitsverhältnis „in Frage“ stellen würde...); geschweige denn, daß sie die Courage hätten, ihr Manifest so enden zu lassen, wie Karl Marx und Friedrich Engels ihr *Kommunistische Manifest* beendeten:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern.“ ([MEW 4, 493](#)).

Auch kommen in dem Manifest weder die KommunistInnen noch der Kommunismus vor – obwohl doch im SIB-NEP noch getönt wurde: „Teile der (post)autonomen Bewegung / der radikalen Linken diskutieren z. Z. sehr ernsthaft die ‚Organisationsfrage‘ (die AVANTIS sprechen sogar von einem ‚Neuen kommunistischen Projekt‘), *was wir auf's Schärfste begrüßen.*“ (meine Hv.) Und am Anfang und Ende des SIB-NEP wurde sich positiv auf die III. (Kommunistische) Internationale bezogen...

Es dürfte kaum eine politische Gruppe in der Geschichte der BRD geben, die so fern von den Futtertrögen des bürgerlichen Politikbetriebs, ihre Überzeugungen mit einer solchen Geschwindigkeit wie die SIB, innerhalb von 2 ½ Jahren, Stück für Stück preisgegeben hat. Und auch die Gruppe Arbeitermacht verramscht mit dem Manifest ihre ansonsten doch so hochgehaltenen programmatischen Einsichten.

An die Stelle von Antikapitalismus tritt in dem Manifest die Fokussierung auf einzelne AkteurInnen(faktionen)¹⁴ sowie das produktionsweisen-unspezifische Lamento über

¹⁴ „Jene, die das Sagen haben, die BesitzerInnen der großen Vermögen und Konzerne sowie ihre IdeologInnen in Parlamenten und Regierungen, Beraterkanzleien und Chefredaktionen“ (S. 3) / „System, in dem die Welt von wenigen großen Konzernen, Banken und Finanzinstitutionen sowie Großmächten beherrscht wird“ (S. 23) / „ZerstörerInnen [dieser Welt]“ (S. 12) / „jene [...], die sie [die kapitalistische Krise] nicht verursacht haben“ (S. 25) (*vesus* – implizit – diejenigen, *die* sie verursacht haben).

Armut und Reichtum¹⁵ sowie an Stelle des Kommunismus sozialdemokratisches Ge-
rede über Gleichheit und Gerechtigkeit¹⁶, obwohl doch

- die Marxsche Analyse „nicht von dem Menschen, sondern der ökonomisch gegebenen Gesellschaftsperiode ausgeht“ ([MEW 19](#), 351 - 383 [371] – *Randglossen zu Wagner*);
- das heißt: von den „unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“, „**unter**“ denen die Individuen handeln ([MEW 8](#), 111 - 207 [115] – *18. Brumaire*; meine Hv.);
- das heißt: von der „Summe von Produktionskräften, Kapitalien und sozialen Verkehrsformen, die jedes Individuum und jede Generation als etwas Gegebenes *vorfindet*“ ([MEW 3](#), 5 - 530 [38] – *Deutsche Ideologie*; meine Hv.),

weshalb Marx' Standpunkt

- „[w]eniger als jeder andere [...], den einzelnen verantwortlich machen [kann] für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt“ ([MEW 23](#), 16 – *Das Kapital*. Bd. I).

Folglich handelt es sich auch bei den im Manifest erwähnten „BesitzerInnen der großen Vermögen und Konzerne“ bloß um „Personifikation[en] ökonomischer Kategorien [...], Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen“ (MEW 23, 16) – und *nicht* um *persönliche* HerrscherInnen (auch wenn sie gewaltige persönliche Vorteile aus ihrer gesellschaftlichen Stellung erlangen und erheblich mehr Entscheidungsspielräume [innerhalb struktureller Grenzen] als Lohnabhängige haben). Also muß sich die Kritik auf jene *Verhältnisse* konzentrieren (und der Kampf gegen deren TrägerInnen ist dann Konsequenz und Teil des Kampfes gegen diese *Verhältnisse*) – während die Manifest-Autoren anscheinend der Ansicht sind, daß, wenn sie nur tüchtig jene, die vermeintlich „das Sagen haben“, angreifen, sich die Kritik der Verhältnisse, die BesitzerInnen von Produktionsmitteln und Lohnabhängige sowie bestimmte Regeln, nach denen sie agieren müssen, hervorbringen, schon von selbst einstellt.

Die NaO-GründerInnen sind zwar noch nicht soweit, den „Klassenkampf als unliebsame oder ‚rohe‘ Erscheinung“ beiseite zu schieben; aber dies ändert nichts daran, daß „wahre Menschenliebe‘ und leere Redensarten von ‚Gerechtigkeit‘“ „als Basis des Sozialismus“ untauglich sind (vgl. [MEW 19](#), 150 - 166 [164]). Denn: Die Anerken-

¹⁵ Manifest: „während eine kleine Minderheit obszönen Reichtum anhäuft, gilt Betteln, im Müll Wühlen, Obdachlosen-Zeitungen verkaufen und Flaschen sammeln auch in deutschen Metropolen mittlerweile als ‚Beruf‘. Wer kann noch leugnen, dass national wie international die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden?“ (S. 3) / „Steuersenkung für die Reichen“ (S. 4) / „die Reichen und Mächtigen“ (S. 13) / „kleinen Minderheit [...], welche über den Reichtum der Gesellschaft verfügt“ (S. 14) / „Ärmsten der Armen“ (S. 7). – In alle diesen Formulierungen kommt die *spezifische Form*, in der in der kapitalistischen Produktionsweise die Produktion und Verteilung von „Reichtum“ erfolgt, nicht vor. Folglich kommt in dem Manifest – außer unter dem Gesichtspunkt der *Menge* der produzierten Güter – auch nicht vor, warum die Aussichten für eine Revolution der *Lohnabhängigen* für den Übergang zum Kommunismus besser sind, als sie für eine kommunistische Revolution der *SklavInnen* oder *Leibeigenen* waren.

In dieser Ansicht kommt auch gegen das NaO-Manifest eine Kritik zum Tragen, die Frank Richards bereits Mitte der 70er Jahre gegen die Krisenanalyse der IV. Internationale vorbrachte: Sie bietet statt einer Analyse des Funktionierens der kapitalistischen Produktionsweise nur eine Neuauflage der bereits von Marx und Engels *kritisierten* Unterkonsumtions-Theorie und statt „objektive[r] Perspektiven für die revolutionäre Strategie“ nur „moralische Lamentationen über Krieg und Armut“ (*Die Frage der Internationale*, in: [Ergebnisse & Perspektiven, Sonderausgabe Nr. 1, Jan. 1976](#), 31 - 50 [34 f., 41, li. Sp., obere Hälfte und verstreut]).

¹⁶ „Egalität“ (S. 11) / „Es geht um [...] ein [...] Gesellschaftssystem, das [...] gleichen Zugang zu den gesellschaftlichen Reichtümern gewährleistet.“ (S. 12) / „solidarische und gerechte Gesellschaft“ (S. 25).

nung des Klassenkampfes ist *kein* Spezifikum des Marxismus¹⁷, und in der gesellschaftlichen Wirklichkeit (statt in idealistischen Wunschträumen) taugt das Wort „gerecht“ nicht zur Kritik von Produktionsweisen, sondern ist *de facto* das gerecht, was der jeweils herrschenden Produktionsweise entspricht¹⁸:

„Was ist ‚gerechte‘ Verteilung? Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung ‚gerecht‘ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige ‚gerechte‘ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über ‚gerechte‘ Verteilung?“ ([MEW 19](#), 13 - 32 [[18](#)])

Und was schließlich die ‚Gleichheit‘ als vermeintlich kommunistische Konkretisierung der ‚Gerechtigkeit‘ anbelangt, so ist daran zu erinnern, daß der Kommunismus nach Engels nicht durch die Gleichheit der Klassen, sondern durch die Abschaffung der Klassen¹⁹, und nach Marx und Lenin nicht durch gleiche Verteilung, sondern durch Verteilung nach den *unterschiedlichen* Bedürfnissen der *unterschiedlichen* Individuen²⁰ charakterisiert ist.

Zur gesellschaftlichen Lage

In meinem Artikel vom Mai 2011 lobte ich das „Na endlich“-Papier dafür, daß es eine

„deutlich realistischere Lageeinschätzung, die sich vom linken ‚Krisenoptimismus‘ vieler Texte der letzten Zeit abhebt, [enthält]: ‚Das zugegebenermaßen handwerklich sehr geschickte Krisenmanagement (Abwrackprämie, Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, kein Frontalangriff auf die regulär Beschäftigten, sondern auf die Marginalisierten) konnte sich [...] nicht nur auf die deutsche Gewerkschaftsbürokratie (insbesondere der IGM), sondern auch auf die Stimmung in vielen Betrieben stützen – ‚Lieber den eigenen Standort sichern als kämpfen‘ lautete vielfach die Losung. Und es scheint ja zu funktionieren: Moderate Lohnerhöhungen wie bei VW und Sonderzahlungen wie bei Daimler lassen ein ‚Krisengefühl‘ erstmal nicht aufkommen.‘

¹⁷ „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet.“ ([MEW 28](#), 503 - 509 [507 f.] – Hv. i.O.) – Ohne mir hier Marx etwas apodiktische Formulierungen „nach[ge]wiesen“ und „notwendig zur [...] führt“ zu eigen zu machen, ist jedenfalls als Mangel des NaO-Manifestes zu vermerken, daß auch die „klassenlose Gesellschaft“ und die „Diktatur des Proletariats“ dort nicht vorkommen, obwohl die SIB in ihrem SIB-NEP noch beansprucht hatte, an letzterer als theoretischem Begriff festzuhalten: „wir [sollten] die ‚Diktatur des Proletariats‘ aus unserer täglichen Agitation und Propaganda streichen, aber trotzdem genug Arsch in der Hose und theoretische Kenntnisse haben, um sie gegen Attacken von rechts inhaltlich zu verteidigen.“ Da das 32-seitige Manifest sicherlich nicht demnächst zur täglichen Verteilung vor Fabrikatoren und in FußgängerInnenzonen zum Einsatz kommt, sondern sich in aller erster Linie an politische AktivistInnen, zumindest politisch Interessierte richtet, hätte der Begriff „Diktatur des Proletariats“ also durchaus schon mal fallen und [erläutert](#) werde können...

¹⁸ Der „Inhalt [der Verträge] ist gerecht, sobald er der Produktionsweise entspricht, ihr adäquat ist. Er ist ungerecht, sobald er ihr widerspricht. Sklaverei, auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise, ist ungerecht; ebenso der Betrug auf die Qualität der Ware.“ ([MEW 25](#), 352). Was „den Produktionsverhältnissen als natürliche Konsequenz entspring[t]“ (ebd.), also bspw. Mehrwertproduktion der kapitalistischen Produktionsweise, ist dagegen gerecht.

¹⁹ [MEW 20](#), 3 - 303 ([99](#)): „Von dem Augenblick an, wo die bürgerliche Forderung der Abschaffung der Klassenvorrechte gestellt wird, tritt neben sie die proletarische Forderung der Abschaffung der Klassen selbst“.

²⁰ Marx: „jedem nach seinen Bedürfnissen“ ([MEW 19](#), 13 - 32 [[21](#)]). Lenin: Der „Vorwurf, daß sie [die Sozialisten] die Ungleichheit der Menschen vergessen und von einer Beseitigung dieser Ungleichheit ‚träumen‘ [...] beweist [...], nur grenzenlose Ignoranz der Herren bürgerlichen Ideologen.“ ([LW 25](#), 393 - 507 [[480](#)]).

Genau dieses „Krisengefühl“, das damals als nicht vorhanden erkannte wurde, wird nun in dem Manifest beschworen, obwohl sich sowohl die politische als auch die ökonomische Lage seit dem Höhepunkt der Krise inzwischen eher wieder beruhigt hat. In dem Manifest heißt es: „wir [haben] es nicht nur mit einer ‚normalen‘ zyklischen Überproduktionskrise, sondern mit einer andauernden strukturellen Verwertungskrise des Kapitals zu tun“ (S. 4). – „[A]ndauernden strukturellen Verwertungskrise“ – das hört sich an, als ob nicht nur krisenbedingt einige Betriebe Bankrott gehen und andere weniger Profit machen, sondern als ob massenhaft Unternehmen *seit Jahren* ihr Kapital nicht mehr verwerten können, d.h.: (fast) keine Profite mehr machen würden. „Vielmehr steigen“ aber, wie es die InterKomms in einer ihrer Kritiken an den verschiedenen Manifest-Entwürfen ausdrückten, „– in der Sprache der bürgerlichen Statistik – seit Jahren die Einkommen aus Zinsen und Unternehmertätigkeit“. Demgegenüber behauptet das Manifest „eine Krise der gesamten globalen kapitalistischen Ordnung“ (S. 5). Und die Manifest-Autoren sind folglich der Ansicht, daß „die LobrednerInnen der Marktwirtschaft, der kapitalistischen Globalisierung und der bürgerlichen Demokratie leiser geworden“ seien (S. 3).

Nicht nur, daß ‚die Oben‘ nach Ansicht der Manifest-Autoren kaum noch ‚können‘ – auch ‚die Unten‘ ‚wollen‘ nach Ansicht der Autoren nicht mehr:

„[es] braucht [...] ein grundlegend anderes System von Produktion und Verteilung, [...]. Immer mehr Menschen erkennen das: Die Streikenden in Madrid und Lissabon, die Protestierenden in Athen und Rom und die Menschen, die im ‚Arabischen Frühling‘ ihre Potentaten gestürzt haben.“ (S. 3)

„die Krise des Kapitalismus ist [...] auch eine der Legitimation.“ (S. 5)

Die Situation in der BRD hinke der frohen Botschaft in Bezug auf Mittelmeerraum zwar noch etwas nach, aber es sei nur eine Frage der Zeit, daß diese frohe Botschaft auch auf die BRD zutrefte:

„Ein paar Euro mehr Hartz-4 bedeuten den ‚finanziellen Untergang‘ der BRD, aber über Nacht ein paar Milliarden für die Banken sind kein Problem – so was untergräbt auf Dauer auch die stabilste Massenloyalität.“ (S. 5)

In Anbetracht dieser Lageeinschätzung muß es erstaunen, daß Micha Schilwa für die NaO ‚nur‘ ein Potential von „hundert / tausenden unorganisierten AntikapitalistInnen, die nach einer politischen Alternative links der Linkspartei suchen“²¹, sieht – und nicht gleich mehrere hunderttausend künftige NaO-Mitglieder imaginiert.

²¹ „Nicht nur die SIB ist fest davon überzeugt, dass das entscheidende Potential für eine NAO [...] bei den *hundert / tausenden unorganisierten AntikapitalistInnen, die nach einer politischen Alternative links der Linkspartei suchen*.“ liegt ([http://scharf-links.de/266.0.html?&tx_ttnews\[pointer\]=2&tx_ttnews\[tt_news\]=37804&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=b420911c54](http://scharf-links.de/266.0.html?&tx_ttnews[pointer]=2&tx_ttnews[tt_news]=37804&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=b420911c54) – meine Hv.)

Tatsächlich *sind* einige tausend AntikapitalistInnen bereits links von der Linkspartei organisiert: In der IL, im Ums Ganze-Bündnisse, im 3A-Bündnis, in den Gruppen des – wie ich es mal nennen will – ‚Revolutionäre Perspektive‘-Spektrums, in der DKP, in der MLPD, in den einzelnen am NaO-Prozeß beteiligten Gruppen, in allden weiteren kleinen revolutionären und linksradikalen Gruppen, die sich für eine Beteiligung am NaO-Prozeß *nicht* erwärmen konnten. – Sicherlich gibt es darüber hinaus weitere AntikapitalistInnen; darunter aber viele anarchistische, voll autonome und sozial bewegte GenossInnen, für die aus prinzipieller Organisationsfeindlichkeit eine NaO-Mitgliedschaft nicht in Betracht kommt. – Warum für die verbleibenden – prinzipiell organisierungsbereiten – AntikapitalistInnen (und das sind sicherlich *nicht* „Tausende“ Menschen!) eine NaO attraktiver sein soll, als alledie anderen antikapitalistischen Gruppen ist bisher nirgends erklärt worden, und es wird auch im NaO-Manifest, wo es nun wirklich erklärt werden müßte, *nicht* erklärt.

Zur Frage der Regierungsbeteiligung in bürgerlichen Staaten

Die Frage von Regierungsbeteiligungen ist einer der Punkte, bei denen ich anfangs nicht hellhörig genug war. In den ursprünglichen „unverhandelbaren Punkten“ der SIB hieß es diesbzgl. nur: „Keine Mitverwaltung der kapitalistischen Krise“. Das Essential ist auf alle Fälle nicht falsch, und es bezieht sich explizit auch nicht (nur) auf die Frage von Regierungsbildungen, sondern implizit auch auf andere Formen der „Mitverwaltung“ (gewerkschaftliches Ko-Management etc.). Insofern beachtete ich anfangs nicht hinreichend, daß an dieser Stelle eine ‚Mitverwaltung von kapitalistischer Prosperität‘, z.B. eine Beteiligung an einer klassisch sozialdemokratischen Reformregierung, nicht ausgeschlossen war.

Deutlicher war das SIB-NEP aber an einer anderen Stelle, die nicht zu den „unverhandelbare[n] Punkten“, sondern zur ‚Verhandlungsmasse‘ der SIB gehörte: „RevolutionärInnen sollten sich deshalb nur an solchen Regierungen beteiligen, die den tatsächlichen Bruch angehen wollen und können, sich also auf revolutionäre Mobilisierungen, Massenstreiks etc. und nicht auf Parlamentsmehrheiten stützen.“

Schließlich gab es im SIB-NEP eine Stelle, die ich damals nicht verstand (und die mir auch auf mehrmalige Nachfrage nicht so erläutert wurde, daß ich sie verstanden hätte). Ich meine diese – schon in meinem ersten Papier zum NaO-Prozeß vom Mai 2011 erwähnte – Stelle:

„Auf wen bezieht sich die oben dargelegte [Einheitsfront-]Orientierung? Natürlich auf die LINKE und den DGB, aber natürlich nicht auf SPD und GRÜNE, die spätestens seit ihrer ‚Agenda-Politik‘ [...] gewöhnliche bürgerliche Parteien²² geworden sind. [...]. Das heißt allerdings nicht, SPD und GRÜNE aus Aktionseinheiten auszugrenzen (genauso wie keiner was dagegen hat, wenn kritische CDU'ler bei den Protesten gegen ‚Stuttgart 21‘ mitmachen).“

Ich merkte damals in meinem „*Antikapitalistisch ist nicht revolutionär genug*“-Papier an:

„Etwas in Unklarheit bleibt allerdings, was (definitiv) den Unterschied zwischen einer ‚Einheitsfront‘ und einer ‚Aktionseinheit‘ ausmacht: Auf welche Themen oder Gegenstände (oder was auch immer) bezieht sich ‚Einheitsfront‘? Und auf was ‚Aktionseinheit‘? [...]. Darüber hinaus dürfte auch noch klar sein, daß eine ‚Aktionseinheit‘ etwas kurzfristig-punktuell und eine ‚Einheitsfront‘ etwas mittel- bis langfristiges ist. Bleibt aber trotzdem die Frage: *Wofür* kommen Einheitsfronten in Betracht? (Wie) unterscheidet sich eine ‚Einheitsfront‘ organisatorisch von einer bloßen ‚Aktionseinheit‘? Bedeutet ‚Einheitsfront‘ auch eine größere organisatorische Festigkeit des Zusammenhalts als ‚Aktionseinheit‘?“

Ich hatte damals – vielleicht wegen des Hinweises auf Stuttgart 21 – sowohl Aktions-einheiten als auch Einheitsfront ausschließlich als *außer*parlamentarische Bündnisformen verstanden. Dieses (Miß)Verständnis wurde auch dadurch begünstigt, daß es weiter oben im gleichen Abschnitt des SIB-NEP hieß: „Nach unserem Verständnis geht es [bei Einheitsfronten] um eine generelle Herangehensweise von RevolutionärInnen an Gewerkschaften und reformistische Massenorganisationen.“ Parteien wurden dort nicht explizit genannt, waren aber vielleicht mit gemeint. Dagegen sind jedenfalls Parlamentsfraktionen und Regierungen keine „Massenorganisationen“.

²² Die GAM ist allerdings – anders als die SIB – der Auffassung, daß die SPD weiterhin keine „gewöhnliche bürgerliche Partei“, sondern eine sog. „bürgerliche Arbeiterpartei“ sei, was wahrscheinlich auch abweichende bündnispolitische Implikationen haben dürfte.

Ich hatte damals übersehen, daß im gleichen Abschnitt aber sehr wohl über Regierungsbeteiligungen geredet wurde – nämlich in Kritik an stalinistischer Volksfrontpolitik und auf dieser bündnispolitischen Linie liegenden Volksfrontregierungen: „Volksfrontregierungen, also Regierungen von linken / Arbeiterparteien *mit bürgerlichen Parteien* – das zeigen die klassischen Beispiele Frankreich 1934 – 38, Spanien 1936 und Chile 1973 – sorgen in Zeiten des Umbruchs vor allem für eins: Desorientierung und Demobilisierung.“ (meine Hv.)

Wenn wir *diesen* Satz (und die generelle [und abstrakt richtige] Stoßrichtung des SIB-NEP ‚Einheitsfronten ja, Volksfronten nein‘) nun zusammen mit dem weiter oben zitierten Satz, „Auf wen bezieht sich die oben dargelegte [Einheitsfront-]Orientierung? Natürlich auf die LINKE und den DGB, aber natürlich nicht auf *SPD und GRÜNE*, die spätestens seit ihrer ‚Agenda-Politik‘ [...] gewöhnliche *bürgerliche Parteien* geworden sind.“ (meine Hv.), lesen, dann ergibt sich:

- Mit SPD und oder Grünen zusammen zu regieren, wäre ‚klassenverräterische Volksfront-Politik‘.
- Aber mit der Linkspartei zusammen könnte eine angeblich „klassenunabhängige“ Arbeiterregierung gebildet werden, die – in der Phantasie der SIB-NEP-AutorInnen – „den tatsächlichen Bruch [mit dem Kapitalismus] angeht!“.

Was sich in Bezug auf die BRD absurd anhört, war in Bezug auf Griechenland im Frühjahr 2012 zwischen den beiden dortigen Wahlen tatsächlich die Linie von Teilen der SIB sowie der GAM: Es wurde die Bildung einer „Arbeiterregierung“ von Syriza, KKE und Antarsya bzw. DIMAR²³ gewünscht/gefordert/propagiert – und zwar deshalb, so Micha Prütz, weil sie „de[n] Bruch mit der herrschenden Logik der Sparpolitik in ganz Europa“ bedeuten würde²⁴ und daher der „Schlüssel zur Zukunft der griechischen und europäischen Arbeiterbewegung“ wäre²⁵.

„Aufgrund dieser Situation hat Syriza vorgeschlagen, eine gemeinsame Regierung aller linken Kräfte zu bilden. Traditionell gesagt schlägt Syriza die Bildung einer Arbeiterregierung vor. [...]. Diese Regierung ist aus meiner Sicht das Gebot der Stunde. Es wäre vernünftig, wenn sich zu den wahrscheinlich in den nächsten 4 Wochen kommenden Wahlen, und nur zu diesen, alle Kräfte der Linken, sowohl die antikapitalistisch-revolutionären, als auch die reformistischen, hinter Syriza versammeln würden.“
(<http://www.nao-prozess.de/blog/griechenland-es-geht-um-viel/>)

²³ In der sogleich zitierten Formulierung „antikapitalistisch-revolutionären“ von Micha Prütz war Antarsya inbegriffen; die GAM erwähnte Antarsya dagegen im Zusammenhang mit einer Regierungsbildung nicht – vielleicht, weil sie (zurecht) nicht mit einem Parlamentseinzug von Antarsya rechnete.

DIMAR dürfte bei Micha Prütz bei den „reformistischen“ Kräften inbegriffen gewesen sein; die GAM erwähnte DIMAR explizit: „Wir rufen zur kritischen Unterstützung von SYRIZA auf. Im Falle eines Wahlsieges – sei es eines absoluten wie auch einer relativen Mehrheit – fordern wir von SYRIZA, von DIMAR, KKE und den Gewerkschaften: Brecht mit der Bourgeoisie! Kämpft für die Bildung einer Arbeiterregierung!“ (<http://www.arbeitermacht.de/ni/ni170/griechenland.htm>) (Der Artikel erkennt im folgenden zwar an, daß eine solche Regierung keine „wirkliche“, sondern eine „bürgerliche Arbeiterregierung“ wäre. Trotzdem bleibt die Taktik der GAM – gelinde gesagt – fragwürdig. Zwar ist es – jedenfalls in der Regel richtig, eine Partei, die selbst von „Arbeiterregierung“ und ‚Bruch mit der Bourgeoisie‘ spricht, beim Wort zu nehmen und zu fordern, daß sie den Worten Taten folgen lassen soll, sofern das jeweilige Kräfteverhältnis es erlaubt. Fragwürdig ist aber, von einer reformistischen Partei etwas zu fordern, mit dem sie eh nichts am Hut hat. Das wird in aller Regel bei den Massen eher *neue* Illusionen in eine solche Partei *erzeugen*, statt bestehende Illusionen abbauen.)

²⁴ Ähnlich auch die GAM: „Die Wahl in Griechenland wird zu einem Referendum über die Fortsetzung des EU-Kurses mit seinen Spardiktaten – oder für eine linke Regierung gegen das Spardiktat, wie es SYRIZA verspricht.“ (<http://www.arbeitermacht.de/ni/ni170/griechenland.htm>)

²⁵ Ähnlich die Liga für die V. Internationale, deren Teil die GAM ist: „Der Kampf der griechischen Arbeiterschaft, der Jugend und aller einfachen Leute ist auch unser Kampf. Wenn sie gewinnen, kann überall in Europa die Gegenoffensive gegen die kapitalistische Krisenlösung, Sozialabbau und Elend begonnen werden.“ (<http://www.arbeitermacht.de/infomail/627/griechenland.htm>)

Micha Prütz sprach von „Arbeiterregierung“ in Bezug auf eine Regierung, von der er an gleicher Stelle selbst sagte, daß sie „keine Revolution und kein Sozialismus“ wäre. Richtig wäre es statt dessen, eine Regierung, die zwar keine Revolution, aber eine Regierung „gegen den Neoliberalismus und gegen den Aufstieg der Faschisten“ wäre, zwar gegen rechts zu stützen, aber *nicht* durch MinisterInnen (und auch nicht durch Unterschriften unter Koalitions- oder Tolerierungsvereinbarungen) Verantwortung für reformistische Politikpakete zu übernehmen.

Dies ist auch die Position, die in dem Ergebnis der Essential-AG des NaO-Prozesses formuliert ist und der das SIB-Plenum im März 2012 zustimmte. Die SIB hatte mit diesem Beschluß, der danach von der AG übernommen wurde, folgende Ergänzung zu den Essentials vorgeschlagenen:

„Darüber hinaus halten wir unter gewissen Umständen die Stützung von Linksregierungen für richtig: Die Hollande-Regierung ist ‚Schröder a la française‘, aber sollte beispielsweise mit Syriza in Griechenland eine Partei links der Sozialdemokratie regieren können, so wäre es verantwortungslos und sektiererisch, sie nicht ‚gegen rechts‘ zu stützen oder gar deren ‚Sturz‘ zu fordern – allerdings ohne in einer bestenfalls (links)reformistischen Regierung selbst mit MinisterInnen Regierungsverantwortung zu übernehmen.“²⁶

Unmittelbar nach der Abstimmung erklärte Micha Prütz allerdings, daß er dem Text *zugestimmt* habe, weil er *mit ihm leben könne* (dies wäre m.E. eine gute Begründung für eine Stimmenthaltung, aber nicht für eine Zustimmung), er die Passage zur Regierungsbeteiligungsfrage aber für falsch halte und statt dessen weiterhin der im Vorjahr geäußerten Auffassung sei. Darauf hin sagte Micha Schilwa, daß er dies genauso sehe, aber sich „nicht getraut“ habe, einen dahingehenden Vorschlag zu unterbreiten. – Soviel zur Seriosität und Bestandskraft von Beschlüssen der SIB.

Ist der Iran das Vaterland der ProletariatInnen?

Im SIB-NEP hieß es (und ich stimmte dem in meiner Antwort vom Mai 2011 zu²⁷): „Dem ganz breiten ‚anti-imperialistischen‘ Bündnis von Kim über Ahmadinedschad und Lukaschenko bis Scheich Nasrallah sollte unser ‚Projekt‘ keinesfalls beitreten. Wir sollten uns klar gegen diese außenpolitische Linie der ‚Jungen Welt‘ und die Argumentation der ‚Anti-Imps‘ stellen, denn für uns hören die Klassengegensätze nicht an den Grenzen des Trikont auf zu existieren [...]“

Auch im Manifest heißt es zwar: Wir „sehen [...] die internationalen Klassenkämpfe nicht durch die Brille geopolitischer Machtinteressen, sondern als Teil eines zusammenhängenden, weltweiten Kampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital. Deshalb

²⁶ In der vorhergehenden Fassung der Essentials stand ausschließlich der Satz, „Wir würden uns nur an solchen Regierungen beteiligen, die einen revolutionären Bruch einleiten.“, der danach auf Vorschlag der SIB wie folgt umformuliert wurde: „Wir halten ausschließlich die Beteiligung an solchen Regierungen für richtig, die einen revolutionären Bruch einleiten.“ – Stände ausschließlich dieser Satz (sei es in seiner alten oder seiner neuen Fassung) in den Essentials wäre es im Rahmen der Essentials möglich, Regierungen von Syriza und ähnlichen Kräfte eine Absicht zum revolutionären Bruch anzudichten und auf dieser Grundlage den Eintritt von RevolutionärInnen in gemeinsame Regierungen mit derartigen Kräften zu befürworten oder gar zu propagieren. – Dies wurde mit der von der SIB im März vorgeschlagenen Formulierung ausgeschlossen; nur daß dies gar nicht die Auffassung aller SIB-Mitglieder war und ist, die ihr zustimmten...

²⁷ „Klar und richtig erscheint mir die doppelte Abgrenzung von ‚Anti-Deutschen‘ (jedenfalls jenen ‚Anti-Deutschen‘, die gar nicht mehr anti-deutsch sind) und jenen AntimperialistInnen, die *nichts anders* als ‚Antimperialismus‘ zu bieten haben“.

macht sich unser Anti-Imperialismus nicht gemein mit den Lukaschenkos oder Mullah Omars dieser Welt.“ (S. 24)

Im Anschluß daran wird allerdings – ohne daß sich die Logik erschließt – postuliert: „Hände weg vom Iran‘ ist nicht gleichbedeutend mit der Verteidigung des Mullah-Regimes.“ Dieses Postulat ignoriert, daß die Parole „Hände weg vom Iran“ auch gegen inneriranische Klassen- und Geschlechterkämpfe sowie gegen Kämpfe von KurdInnen gegen ihre Diskriminierung gedreht werden kann – mit dem Vorwurf, sie würden die ‚nationale Einheit‘ (gegen ‚äußere Feinde‘) gefährden. Denn der Vorwurf bzw. das Kompliment des ‚Vaterlandsverrats‘ ist bekanntlich schnell bei der Hand.

In der Essential-AG wurde sich daher auf die Formulierung geeinigt: „RevolutionärInnen müssten am Beispiel des Irans gegen jede militärische Aktion z.B. der Nato und für den Sturz der Mullah-Herrschaft agieren.“ – Warum diese Formulierung, der das SIB-Plenum und der GAM-Vertreter in der Essential-AG zustimmte, im Manifest für SIB und GAM nicht akzeptabel ist, wurde von diesen beiden Gruppen nie begründet.

Auch die nächsten beiden Sätze im Manifest machen die Sache nicht besser: „Die arabischen Revolutionen waren und sind legitime Massenbewegungen gegen ‚ihre‘ Despoten. Zugleich gilt es, gegen den wachsenden Einfluss von reaktionären pro-imperialistischen oder islamistischen Kräften bis hin zu proto-faschistischen zu kämpfen.“ (S. 25). Denn zum einen sind diese Sätze nur rückblickend auf die „arabischen Revolutionen“ formuliert²⁸ und sagen nichts zur jetzigen Mullah-Herrschaft im Iran und deren etwaigen künftigen Sturz; zum anderen drücken sie sich um eine Bestimmung des Klassencharakters der sog. „arabischen Revolutionen“ herum. Gegen den „wachsenden Einfluss von *reaktionären* pro-imperialistischen oder islamistischen Kräften bis hin zu proto-faschistischen zu kämpfen“ (meine Hv.), ist zwar sehr richtig, läßt aber Klassenorientierung, konkret: die Benennung des Kampfes auch gegen die sog. ‚nationalen Bourgeoisien‘ und gegen *liberale* pro-imperialistische Kräfte vermissen.

Auch in dieser Hinsicht wurde der beanspruchte Antikapitalismus in den 2 ½ Jahren vom SIB-NEP bis zum jetzigen Manifest also abgeschwächt und durch bloßen Anti-Despotismus ersetzt.

Was ist aus dem Nebenwiderspruchs-Denken geworden?

Hochgehalten werden in dem Manifest freilich der verbale Antikapitalismus und die Klassenorientierung, wenn es um das Geschlechterverhältnis geht. Bereits am SIB-NEP hatte ich kritisiert, daß es nur „eine Revolution“ – nämlich die sozialistische – und nur „ein [...] revolutionäres Subjekt“ – nämlich die Lohnabhängigen – kenne und damit die Notwendigkeit einer feministischen Revolution zuvorderst der Frauen und einer antirassistischen Revolution zuvorderst der Schwarzen, um Patriarchat und Rassismus zu überwinden, ignoriere.²⁹

Im Manifest gibt es nun gleich zwei alternative Abschnitte zum Geschlechterverhältnis: Der eine wird von der SIB (S. 19 - 21), der andere von der GAM befürwortet (S. 16 - 19). Bereits vor diesen beiden Alternativ-Abschnitten werden die „Unterdrück-

²⁸ Während der Iran zwar ein islamisches, aber kein [arabisches Land](#) ist.

²⁹ Der diesem Thema gewidmete Abschnitt war der ausführlichste meiner Antwort vom Mai 2011 auf das SIB-NEP.

kung der Frauen“ und die „sexuelle, nationale und rassistische Unterdrückung“ von den Manifest-Verfassern *konsensuell* als „alte[s] Erbes der Klassengesellschaften“ bezeichnet (S. 13). Wenn die Klassenverhältnisse also die Ursache dessen sind, was das Manifest „Unterdrückung der Frauen“ nennt – dies ist die Schlußfolgerung, die sich aus den Wörtern „Erbes der Klassengesellschaften“ ergibt –, dann hat die nachfolgende GAM-Variante immerhin den Vorteil der Konsequenz auf ihrer Seite, da in ihr postuliert wird: „Ohne Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse keine Frauenbefreiung.“ (S. 19)³⁰

Außerdem hat die GAM-Variante den Vorteil auf ihrer Seite, daß sie einen starken Fokus auf geschlechtshierarchische – die sie allerdings als „geschlechtsspezifische“ (S. 18 und 19; meine Hv.) verharmlost – Arbeitsteilung hat. Ihr großer Nachteil ist freilich, daß sie diese aus den kapitalistischen Klassenverhältnissen statt aus dem patriarchalen Geschlechterverhältnis selbst erklärt und eben deshalb – wie gesagt – postuliert: „Ohne Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse keine Frauenbefreiung.“

Das Charakteristikum der SIB-Variante ist dagegen, daß sie mit der De-Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit flirtet, aber sich weder dafür noch dagegen entscheiden kann. In der SIB-Variante heißt es: „Diese stereotypen Zuschreibungen sind besonders stabil, wenn sie mit hierarchisierenden und naturalisierenden Bewertungen einhergehen. Dafür eignen sich biologistische Geschlechterstereotype ganz besonders, da die Natürlichkeit von Geschlecht, genauer die Zweigeschlechtlichkeit kaum hinterfragbar erscheint.“ (S. 21)

Der erste der beiden zitierten Sätze dürfte innerhalb des NaO-Prozesses unumstritten sein. Umstritten ist allerdings die Frage, wie darauf reagiert werden sollte, nämlich

➤ mit dem Bestreiten der von biologistischen Ideologien behaupteten *Verknüpfung* zwischen Biologischem und Sozialem

und/oder

➤ mit dem Bestreiten bestimmter Behauptungen über die *Biologie selbst*.

Auch der zweite zitierte Satz („Dafür eignen sich biologistische Geschlechterstereotype ganz besonders, da die Natürlichkeit von Geschlecht, genauer die Zweigeschlechtlichkeit kaum hinterfragbar erscheint.“) bringt diesbzgl. keine Aufklärung: Zwar kann alles „hinterfrag[t]“ werden, wie der RSB kritisch in seiner Stellungnahme zum Manifest-Entwurf anmerkte. Aber die entscheidende Frage ist, ob eine bestimmte Infragestellung zurecht oder zu Unrecht erfolgt.

Die SIB-Variante entscheidet sich für keines von beidem (weder für „zurecht“ noch für „zu Unrecht“); und folglich kann sie auch für keine der beiden möglichen Antworten

³⁰ Die SIB-Variante schlug ursprünglich vor, den gleichen Satz in einem bestimmten Absatz in dem Konsens-Teil des Manifestes zu plazieren. Dieser Absatz fiel dann freilich – (nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern) wegen Umstrukturierungen des Textes, die aufgrund zweier Abschnitts-Einfügungen notwendig wurden, weg. – Im übrigen wurde auch schon im SIB-NEP postuliert, „*Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau*“. Dagegen wandte ich damals ein, daß zwar zutreffend sei, „daß Frauen, soweit sie Lohnarbeiterinnen sind, *als Lohnarbeiterinnen* ausgebeutet bleiben, solange der Kapitalismus besteht, und in diesem Sinne gilt selbstverständlich: Ohne Sozialismus keine Befreiung von Frauen (und Männern) *vom Kapitalismus*.“ Aber: Das SIB-NEP bewiese nicht und behauptete nicht einmal, daß es keinen nicht-patriarchalen Kapitalismus geben könne.

Ich teile in dieser Hinsicht dagegen die Auffassung von Lisa Haller und Silke Chorus, daß die „kapitalistische Produktionsweise [...] nicht [...] notwendigerweise auf Differenz entlang der Geschlechterhierarchie angewiesen [...] ist]. Dementsprechend verstehen wir Geschlechterverhältnisse und kapitalistische Produktionsweise als in einer wechselseitigen Austauschbeziehung stehend sowie als eng aufeinander bezogene, ohne dass ein Verhältnis in der einen oder anderen Richtung abzuleiten wäre.“ (http://www.grundrisse.net/PDF/grundrisse_38.pdf, S. 16); vgl. auch FN [1] meines [„Zehn Punkte“-Textes](#) vom Juni 2011, die ich hier auszugsweise als Anhang 2 anfüge.

eine Begründung geben. Die ‚Hinterfragung‘ hängt in der Luft; sie bleibt *ein Flirt ohne Konsequenzen*.

Schließlich lassen auch die beiden späteren Sätze,

„Wir sehen jeden Tag, wie über Erziehung, Familie, Politik, Medien, Werbung, Schulbücher, Spielzeug etc. Individuen zu Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern gemacht werden. Mit dem angeblich natürlichen Unterschied werden in der Folge patriarchale Arbeitsteilungen kulturell begründet und materiell in der Produktions- und Reproduktionssphäre stabilisiert.“ (S. 21),

die Sache in der Schwebe. Satz 2 kann sowohl

➤ im Sinne eines Bestreitens („angeblich“) eines *jeden* „natürlichen Unterschied[es]“ zwischen den Geschlechtern verstanden werden

als auch

➤ im Sinne eines Bestreitens, daß es sich *hinsichtlich* „Erziehung, Familie, Politik, Medien, Werbung, Schulbücher, Spielzeug etc.“ um „natürliche Unterschied[e]“ handelt.

Auch die Formulierung, „Wir sehen [...], wie Individuen zu Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern gemacht werden“ (S. 21), schafft dieszbg. keine Eindeutigkeit, denn sie ist bereits eine klassische Formulierung des vor-dekonstruktivistischen Feminismus, der die Natürlichkeit der Zweigeschlechtlichkeit *noch nicht* in Frage stellte. Ich bin meinerseits (im Gegensatz zur RSB[-Mehrheits]position) in der Tat der Auffassung, daß die Zweigeschlechtlichkeit auch biologisch keine Realität ist, sondern wir es auch biologisch vielmehr – wie es [Gabriele Winker bei der NaO-Sommer-Debatte 2012](#) ausdrückte – mit einem *Kontinuum* von Geschlechtlichkeit zu tun haben. Denn im Gegensatz zum Alltagsverstand haben wir es gerade auch naturwissenschaftlich *nicht mit einem einzigen* Kriterium der Geschlechtsbestimmung, das entweder vorliegt oder nicht, zu tun (und auch *nicht* mit zwei Kriterien, von denen in jedem Fall *entweder* das eine *oder* das andere vorliegt), sondern mit drei unterschiedlichen Merkmalen, die in verschiedenen Kombinationen und Ausprägungen vorliegen können:

„Biologie und Physiologie [...] treffen eine weitaus weniger trennscharfe und weniger weitreichende Klassifizierung als manche Sozialwissenschaft (und das Alltagsbewußtsein) und entwerfen ein sehr viel differenzierteres Bild des scheinbar so wohlumrissenen binären biologischen Geschlechts. ‚Weibliches und männliches Geschlecht (sex) [...] werden nicht mehr als zwei entgegengesetzte, einander ausschließende Kategorien verstanden, sondern vielmehr als Kontinuum, bestehend aus dem genetischen Geschlecht, dem Keimdrüsen Geschlecht und dem Hormongeschlecht‘ [...], wobei die verschiedenen Faktoren, die zur Bestimmung des biologischen Geschlechts herangezogen werden können, *weder notwendigerweise miteinander übereinstimmen müssen*, noch in ihrer Wirkungsweise unabhängig von der jeweiligen Umwelt sind [...].“ (Regine Gildemeister / Angelika Wetter, *Wie Geschlechter gemacht werden*. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung, in: Gudrun-Axeli Knapp / Angelika Wetterer [Hg.], *Traditionen. Brüche*. Entwicklungen feministischer Theorie, Kore: Freiburg i. Br., 1992, 201 - 254 [209] – meine Hv.).

Wir haben es also mit einem Kontinuum von ‚sehr männlich‘ bis ‚sehr weiblich‘ und zahlreichen Zwischenformen von Intersexualität (manche sehr auffällig und manche fast unmerklich [s. die zufällige Entdeckung der Intersexualität von SportlerInnen aus Anlaß von Dopingtests³¹]) zu tun.

³¹ S. dazu: <http://maedchenmannschaft.net/sportler-sportlerin/> und dazu meinen (überarbeiteten) Kommentar: <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2009/08/26/gibt-es-ausschliesslich-zwei-geschlechter/>.

Wie dem auch sei, politisch weitaus problematischer, als die biologischer Realität von Zweigeschlechtlichkeit nicht zu bestreiten, erscheint mir, daß auch die ‚feministische‘ oder ‚postmoderne‘ Variante des Manifestes bei der nebenwiderspruchstheoretischen Position bleibt, daß das Patriarchat ein „Erbe der Klassengesellschaften“ sei.

„Unterdrückung“?!

Ein zweites Problem, das ich (neben der Frage von Regierungsbeteiligungen) unterschätzt hatte, war die Implikationen des Terminus „Unterdrückung“. In meiner Antwort vom Mai 2011 auf das SIB-NEP (vom März 2011) beschränkte ich auf diese Anmerkung:

„Wenn wir die mit dem Begriff der ‚Unterdrückung‘ verbundenen theoretischen Probleme hier für einen Moment beiseitelassen und ‚oppression‘ einfach mal als Oberbegriff für ‚Herrschaft und Ausbeutung‘ auffassen [... usw.]“

In Wirklichkeit gibt es mindestens *zwei* Probleme, die mit dem Terminus „Unterdrückung“ verbunden sind:

- Das *erste* besteht darin, daß viele MarxistInnen – und letztlich zurecht! – den Ausdruck „Unterdrückung“ gerade *nicht* als „Oberbegriff für ‚Herrschaft und Ausbeutung‘“ verwenden³², sondern von „Herrschaft und Ausbeutung“ in Bezug auf die Klassenverhältnisse sprechen und den Terminus „Unterdrückung“ vorzugsweise in Bezug auf das Geschlechterverhältnis und die sog. „nationale Frage“ verwenden. Dann stellt sich schnell die Konnotation ein, daß Herrschaft und Ausbeutung (und folglich ausschließlich die Klassenverhältnisse) materiell (und damit ausschlaggebend für die gesellschaftliche Struktur) sind, während „Unterdrückung“ (und folglich Sexismus und Rassismus) ausschließlich etwas Psychisches oder Ideologisches seien, das bloß in einem Ableitungsverhältnis zur materiellen Basis stehe.

„Systematische Unterdrückung der Jugend“³³ ?!

Diese Konnotation (Herrschaft und Ausbeutung = ‚Hauptwiderspruch‘; bloße Unterdrückung = ‚Nebenwiderspruch‘) wird noch verstärkt, wenn neben die „Frauen-“ und „nationale Unterdrückung“ noch der Ausdruck ‚Jugendunterdrückung‘³⁴ gestellt wird.

In ihrem SIB-NEP mokierte sich die SIB noch über den Gedanken, eine „Anti-Segelohren-Diskriminierungsbewegung“ in's Leben zu rufen“. Ich würde meinerseits zwar zustimmen, daß die Diskriminierung von Menschen mit ‚Segelohren‘ in der Tat nicht in gleicher Weise ein strukturelles gesellschaftliches Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis ist, wie es der Rassismus ist und wie es in den Klassenverhältnissen und im Geschlechterverhältnis besteht – was aber nicht heißt, daß derartige nicht-strukturellen Diskriminierungen für RevolutionärInnen irrelevant wären.

Was für die Diskriminierung von Menschen mit ‚Segelohren‘ gilt, gilt allerdings auch und vielleicht noch mehr für die sog. ‚Jugendunterdrückung‘: Es gibt *kein* strukturelles gesellschaftli-

³² „[L]etztlich zurecht“, weil „Unterdrückung“ weniger ein „Oberbegriff für ‚Herrschaft und Ausbeutung‘“ als vielmehr Bezeichnung für einen – nämlich den repressiven – *Teilaspekt* von Herrschaft ist. „Unterdrückung“ bezeichnet also *nicht mehr als* „Herrschaft“ (nämlich vermeintlich auch „Ausbeutung“), sondern *weniger* als Herrschaft, die nämlich nicht nur auf Unterdrückung, sondern *auch auf Hegemonie / Konsens* der Beherrschten beruht.

³³ Manifest: „Schon früh werden Jugendliche systematisch unterdrückt.“ (S. 22).

³⁴ S. vorstehende FN 33.

ches Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis (analog zu denen zwischen Kapital und Lohnabhängigen sowie Männern und Frauen) zwischen Erwachsenen und Jugendlichen!

-- Während es in kapitalistischen Gesellschaften zwar möglich, aber schwierig ist, die Klassenzugehörigkeit zu wechseln, und in feudalen Gesellschaften die Standeszugehörigkeit *qua* Geburt besteht und auch der Wechsel des Geschlechts in den allermeisten Gesellschaften, wenn überhaupt, dann nur mit Mühen möglich ist, ist „Jugend“ *per definitionem* nur eine bestimmte Phase im Leben eines jeden Individuums: Jugend ist als bestimmtes Alter / eine bestimmte Altersspanne definiert. Auf die begrenzten rechtlichen und faktischen Möglichkeiten in den frühen Lebensjahren, folgen in *jedem Fall* die vollen rechtlichen und faktischen Möglichkeiten des Erwachsenenlebens.

-- Während

+++ sich in den verschiedenen Klassenverhältnissen die jeweils herrschende(n) Klassen das Mehrprodukt aneignen und während

+++ im patriarchalen Geschlechterverhältnis Frauen nicht nur mehr Hausarbeit, sondern überhaupt *mehr* (Erwerbs- und Haus)arbeit (zusammen) leisten als Männer und trotzdem *weniger Einkommen und weniger Vermögen* als Männer haben und während

+++ es schließlich eine ernsthafte Diskussion Wert ist, ob rassistische Lohndiskriminierung und (nationale und internationale) rassistische Arbeitsteilung nicht nur Elemente eines rassistischen Herrschaftsverhältnisses (und außerdem Sekundäreffekte der kapitalistischen Klassenverhältnisse) sind, sondern auch ein rassistisches *Ausbeutungsverhältnis* zwischen Weißen und Schwarzen konstituieren,

sind jedenfalls Kinder in der Regel die *EmpfängerInnen* von Arbeits- und Geldleistungen durch die Älteren. Selbst wenn Kinder und Jugendliche gezwungen sind/werden, einen Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten, so wird der Beitrag, den sie bis zum Erreichen der Volljährigkeit leisten doch geringer sein, als der Umfang dessen, was sie bis zu diesem Alter konsumieren.

-- Zwar ist Alter – in Abhängigkeit zu Ressourcen und Methoden des Bildungs- und Erziehungssystems sowie in Abhängigkeit von durchschnittlicher Lebenserwartung sowie Möglichkeiten und Fähigkeiten des *Medizinsystems* – relativ. Trotzdem dürfte unstrittig sein, daß es wenig Sinn hätte, bereits 3-Jährigen bspw. volle Geschäftsfähigkeit und das Wahlrecht zu gewähren.

-- Und schließlich scheinen sich die Verfasser des NaO-Manifestes auch gar nicht sicher zu sein, ob denn die behauptete „systematisch[e]“ ‚Jugendunterdrückung‘ von den Erwachsenen oder vielmehr von der herrschenden Klasse ausgeht. Im Manifest heißt es: „Bereits in der Familie werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene *an die Klassenherrschaft gewöhnt*. [...] Und falls es ein/e Jugendliche/r oder junge/r Erwachsene/r in eine Ausbildung oder einen Job schafft, ist er oder sie systematischer Ausbeutung und mangelnder Mitbestimmung ausgesetzt und existiert zwischen Leistungsabhängigkeit (Alg2, Bafög), unbezahlten Praktika und prekären Jobs (Minijobs, Leiharbeit oder StudentenInnenjobs).“ (S. 22; meine Hv.) Das alles hört sich weniger nach einem Antagonismus ‚Jugendliche – Erwachsene‘ an, als danach, als ob Jugendliche generell – unabhängig von ihrer tatsächlichen Klassenlage im konkreten Einzelfall – eine lohnabhängige oder lohnabhängigkeits-ähnliche Klassenlage angedichtet werden soll. Auch letztere Auffassung wäre freilich kritikwürdig; gegen sie wäre einzuwenden: „‚Youth‘ in itself is neither revolutionary nor a class. The ‚youth‘ consists of young workers, future petty-bourgeois technocrats and administrators, members of the ruling class, as well as radical intellectuals and future communists. Hitler, Trotsky, Mao and Nixon were all young once.“³⁵

Aus alldiesem Gründen ist es falsch, „Frauenunterdrückung“ und „nationale Unterdrückung“ auf der einen Seite und ‚Jugendunterdrückung‘ auf der anderen Seite zu parallelisieren. Zwar ist es *sowohl* falsch, pauschal ‚die Jugend‘, *als auch* falsch, pauschal ‚die Frauen‘, ‚die Schwarzen‘ oder ‚die Völker im Trikont‘ der Klasse (oder dem ‚Lager‘) der Lohnabhängigen zuzuschlagen. Während Frauen aber das potentielle Subjekt der revolutionären Umwälzung des Patriarchats und Schwarze das potentielle Subjekt der revolutionären Überwindung des Rassismus sind, und sie *deshalb* und *insofern* mit den Lohnabhängigen als potentielltem Subjekt der revolutionä-

³⁵ <http://www.bolshevik.org/history/youth/Youth05RCY.html>.

ren Überwindung von Klassenherrschaft zu parallelisieren sind, ist weder vom NaO-Manifest dargelegt noch ansonsten ersichtlich, warum eine Revolution der Jugendlichen gegen die Erwachsenen notwendig und möglich sein sollte.

Von dem traditionell-marxistischen Schema (*„hauptwidersprüchliche‘ Herrschaft und Ausbeutung im Klassenverhältnis – ‚nebenwidersprüchliche‘ Unterdrückung in anderen gesellschaftlichen Verhältnissen*) hebt sich die SIB-Variante des NaO-Manifestes insofern erfreulicherweise ab, als dort auch von „rassistischen“ und „patriarchalen Herrschaftsverhältnissen“³⁶ die Rede ist. Auch die GAM-Variante spricht davon, daß „der Kapitalismus historisch ältere *Herrschafts-* und *Unterdrückungsverhältnisse*“ (meine Hv.) aufnehme. Von sexistischer und rassistischer Ausbeutung (von Frauen durch Männer sowie Schwarzen durch Weiße) spricht aber jedenfalls die SIB-Variante des Manifestes *nicht*.³⁷ Den Begriff „Ausbeutung“ scheint die SIB weiterhin für die Klassenverhältnisse zu reservieren.

- Das *zweite* mit dem Terminus „Unterdrückung“ verbundene Problem besteht darin, daß er die Hegemonie der Herrschenden und den vielfachen Konsens der Beherrschten mit den Herrschenden (vgl. dazu bereits FN 32) unterschlägt. Diese Ignoranz kennzeichnet den Manifest-Entwurf nicht nur in Bezug auf Patriarchat und Rassismus, sondern auch in Bezug auf die Klassenverhältnisse. Auf die These in dem Manifest, daß „die Krise des Kapitalismus [...] auch eine der Legitimation“ sei, hatte ich weiter oben bereits hingewiesen. Auch der Satz in dem Manifest,

„Jene, die das Sagen haben, die BesitzerInnen der großen Vermögen und Konzerne sowie ihre IdeologInnen in Parlamenten und Regierungen, Beraterkanzleien und Chefredaktionen können und wollen an diesen Zuständen [daß die Reichen reicher und Armen ärmer werden etc.] nichts ändern, denn dazu braucht es ein grundlegend anderes System von Produktion und Verteilung, welches ihnen ihre Macht und ihren Reichtum entziehen würde.“ (S. 3)

erweckt – wie [paeris] in der Manifest-Diskussion kritisierte – den unzutreffenden Eindruck, daß ‚jene, die nichts oder wenig zu sagen haben‘ – im Unterschied zu jenen, die vermeintlich das Sagen haben (s. diesbzgl. bereits meine Kritik weiter oben in diesem Text) *sehr wohl* an diesen Zuständen etwas ändern wollen und es ihnen nur noch an positiven programmatischen Alternativen einerseits und organisatorischer Macht andererseits fehlen würde³⁸, um ihren vermeintlichen Willen, an den beschriebenen „Zuständen“ etwas zu ändern, Realität werden zu lassen. Demgg. wußte Antonio Gramsci, daß, zu ignorieren, daß der Staat „in integraler Bedeutung: Diktatur + Hegemonie“ (also nicht nur eines von beidem) ist, „zur Un-

³⁶ „Der heutige Kapitalismus ist nicht nur von Klassenverhältnissen, sondern auch von *rassistischen Herrschaftsverhältnissen* und von patriarchalen Geschlechterverhältnissen geprägt. Diese *patriarchalen Herrschaftsverhältnisse* sind u.a. bestimmt durch [...] usw.“ (S. 19; meine Hv.)

³⁷ Die GAM-Variante spricht zwar vom Geschlechterverhältnis als ein Beispiel für „alle [...] Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse“ (S. 18) und von Sexismus als Beispiel für „alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung“ (S. 19). Aber dies impliziert nicht notwendigerweise, daß es auch sexistische Ausbeutung gibt; es kann auch gemeint sein, daß *alle* Formen von Ausbeutung *und* Unterdrückung kritisierenswert sind und deshalb auch die Unterdrückung von Frauen.

³⁸ Manifest: „Ohne eine Vorstellung davon, wie die Lebensbedingungen abgesichert werden können, ohne eine glaubhafte gesellschaftliche Alternative und ohne organisierte Kraft, die den Widerstand bündeln kann, enden all diese Kämpfe in einer Sackgasse.“ (S. 3)

terschätzung des Gegners und seiner Kampforganisation“ führt.³⁹ Typisch für linke Gruppen dürfte nun sein, *entweder* die hegemonialen *oder* die militärischen Fähigkeiten und Möglichkeiten der Herrschenden zu unterschätzen und folglich übertriebene Hoffnungen in das Mittel der Überzeugungsarbeit / ‚Propaganda‘ *oder* in das der revolutionären Gewalt zu setzen. Das NaO-Manifest bringt es nun allerdings fertig, *sowohl* die ideologischen *als auch* die militärischen Fähigkeiten der Herrschenden zu unterschätzen.

Folglich werden als Desiderata einer (= *als ‚Fehlendes‘ für eine*) Überwindung des Kapitalismus bloß benannt: Einerseits positive Alternativen auszumalen und eine Organisation zu schaffen⁴⁰ und andererseits demokratische Rechte „massiv“ auszuweiten⁴¹.

Zwar wird in dem Manifest auch erkannt: „noch nie ist eine herrschende Klasse freiwillig abgetreten – die Reichen und Mächtigen werden es weder ‚übersehen‘ noch akzeptieren, dass ihnen ihre Eigentumsordnung (und ihr Staat) irgendwie ‚wegtransformiert‘ wird, sondern sich mit allen, auch und gerade gewaltsamen Mitteln dagegen wehren.“ (S. 12) Aber strategische Konsequenzen werden daraus in dem Manifest maximal *defensive* („Selbstschutz“ [S. 13]) gezogen.⁴²

Während – vermutlich: in dunkler Erinnerung an früher einmal Gewußtes – das Problem der revolutionären Gewalt und Gegengewalt in dem Manifest immerhin kurz angetippt wird, fehlt es in ihm an jeglicher Benennung,

- daß Unzufriedenheit mit Sozialbau und Lohnkürzung noch kein Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise, geschweige denn revolutionäres Klassenbewußtsein bedeuten,
- daß folglich Streiks und Demonstration noch weit davon entfernt sind, eine Revolution zu sein,
- daß viele Lohnabhängige sich nicht nur kapitalistische, sondern sogar neoliberale Ideologie zu eigen gemacht haben und ihr entsprechend handeln
- was dem Manifest selbst (und auch den subjektiven RevolutionärInnen überhaupt [die KritikerInnen einer überstürzten NaO-Gründung und zumal den/die VerfasserIn dieser Zeilen eingeschlossen!]) alles an Wissen über das Funktionieren und die Reproduktion heutiger kapitalistischer Gesellschaftsformationen sowie
- an strategischem Wissen, Fähigkeiten und Möglichkeiten, sie revolutionär zu überwinden

fehlt. Während Antonio Gramsci forderte, den Optimismus des *Willens* mit dem Pessimismus des Verstandes zu kombinieren⁴³, bildet nicht einmal der Optimis-

³⁹ *Gefängnishefte*. Bd. 4: 7. Heft, § <155>. *Vergangenheit und Gegenwart. Politik und Kriegskunst*, Argument: Hamburg/Berlin, 1992, 823 - 824 (824)

⁴⁰ S. bereits FN 38.

⁴¹ Manifest: „Eine solcherweise [rätedemokratisch] organisierte Gesellschaft muss mit einer massiven Ausweitung demokratischer Rechte einhergehen.“ (S. 14) / Und folglich wird vorausgesagt: „Die Rätedemokratie einer zukünftigen Gesellschaft wird unvergleichlich demokratischer sein als die bestehende Gesellschaft“ (S. 15).

⁴² S. dazu meine dortige Kritik: http://www.nao-prozess.de/blog/latest/wordpress/wp-content/uploads/2013/09/Die_GAM_sagt_dem_Leninismus_Ade.pdf, S. 17 - 23 und 31 f.

⁴³ „Man muß nüchterne, geduldige Menschen schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.“ (Antonio

mus des Willens, sondern der Optimismus des *Hoffens und Wünschens* den Kern des Manifestes.

Ist die Zeit für eine NaO-Gründung reif?

Im Mai 2011 zitierte ich aus dem SIB-NEP,

„Die Geschichte hat die unschöne Eigenschaft, sich öfter nicht an die ‚Geschichtsfahrpläne‘ studierter MarxistInnen zu halten [...]. Ergeben sich realistische Möglichkeiten revolutionärer Organisation, muss Mensch auch mal zugreifen, denn solche ‚Zeitfenster‘ bleiben nicht ewig offen.“

und antwortete darauf: „Das ist wohl wahr, nur habe ich nirgends in dem Papier eine klare Darlegung gefunden, warum dieses ‚Zeitfenster‘ im Moment vorhanden bzw. offen sein soll.“

Des näheren führte ich damals aus:

„Im ersten Satz des [„Na endlich“-]Papiers heißt es zwar: ‚Teile der (post)autonomen Bewegung / der radikalen Linken diskutieren z. Z. sehr ernsthaft die ‚Organisationsfrage‘ (die AVANTIS sprechen sogar von einem ‚Neuen kommunistischen Projekt‘), was wir auf’s Schärfste begrüßen.‘ Aber der einzige konkrete Bezugspunkt dafür ist ein bereits 7 Jahre altes AVANTI-Papier: ‚Allerdings gestaltete sich die ‚Quellenlage‘ für uns etwas schwierig – der programmatische ‚Output‘ der (Post)autonomie zur beginnenden Diskussion ist recht überschaubar [...]. Fündig wurden wir bei AVANTI, nämlich dem [Grundsatzpapier vom Mai 2004](#), mit welchem wir – was uns selbst überrascht hat – ein hohes Maß an Übereinstimmung festgestellt haben.‘ (link hinzugefügt, TaP).

Außerdem wird behauptet: ‚Während in den 1970er Jahren die im Wochentakt erfolgten Parteigründungen sich gegenseitig in die ‚Fischmehlfabrik‘ expedieren wollten, kooperieren heute etwa in den Anti-Krisen-Bündnissen der Attac’ler mit dem DKP’ler oder der junge Autonome mit dem Verdi-Funktionär.‘

Das erscheint mir nicht plausibel: Auch die Fischmehl-K-Gruppen hatten in Bonn immerhin gemeinsam gegen ihr Verbot demonstriert; Bündnisse mit Beteiligung von Autonomen, Grünen und [Kommunistischem Bund \(KB\)](#) waren keine Seltenheit; es gab breite linke Bündnis-Demos mit autonomen Schwarzen Blöcken, aber ebenso DKP-Blöcken und sogar SPD-Beteiligung; allerdings gab es auch immer wieder Streit über die ‚Gewaltfrage‘.

Wenn heute also in ‚Anti-Krisen-Bündnissen der Attac’ler mit dem DKP’ler oder der junge Autonome mit dem Verdi-Funktionär‘ diskutiert und demonstriert, dann scheint mir das nichts grundlegend anderes zu sein und vor allem für ein *Organisierungs-* (und nicht nur *Bündnis*)projekt gar nichts zu heißen.“

Und:

„Trotzdem scheint mir aber auch dieser Text noch zu optimistisch zu sein, wenn es weiter unten heißt: ‚Den Stand des Klassenbewusstseins bringt Kollege Riexinger sehr schön auf den Punkt: ‚Die Leute sagen, so wie die Franzosen müssten wir’s machen‘ – was zweierlei zum Ausdruck bringt: Wir haben die Schnauze voll, aber es wäre schon schön, wenn andere für uns kämpfen.‘ Und mehr noch, wenn es später – anscheinend noch weitergehend – heißt: ‚Wir treten ein in eine Phase von Revolution und Konterrevolution.‘, ohne auch nur die Wörter ‚Phase‘ und ‚Revolution‘ (Politische Revolutionen [„*regime changes*“]? Oder Umwälzungen der Produktionsverhältnisse?) zu erläutern. – Auch diese Formulierungen, vom Ende des Textes, scheinen mir allzu allgemeine (und insofern voluntaristische Schlußfolgerungen nahelegende) Wahrheiten zu sein: ‚Keine Angst vor der eigenen Courage. Eigentlich muss mensch nur zwei Sachen wissen, um loszulegen: ‚Eure Ordnung ist auf Sand gebaut‘ und ‚Etwas Besseres als den Tod finden wir überall.‘“

Heute, nach 2 ½ Jahren NaO-Prozeß, müssen wir feststellen:

Gramsci, *Gefängnishefte*. Bd. 1: 1. Heft, § <63> *Lorianismus und Graziadei*, Argument: Hamburg, 1991, 135 f. [136] und ebd., Bd. 9: 28. Heft, §<11> *Graziadei und das Schlaraffenland*, 1999, 2230 - 2232 [2232]. „Die Losung ‚Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens‘ muß die Losung eines jeden Kommunisten sein“ (ders., in: *Ordine Nuovo*, 3.-10.4.1920, Neudruck: *L’Ordine Nuovo* (1919-1920), Turino, 1954, 400.

- Die damals umworbene Gruppe Avanti hat sich *nicht* zu einer Beteiligung am NaO-Prozeß entschlossen, sondern lehnt eine Beteiligung vielmehr ab. (Das Gleiche gilt auch für die größte trotzkistische Gruppe in der BRD, die SAV.)
- Mit den einzigen ‚post-autonomen‘ Gruppen, die sich zu einer Beteiligung am NaO-Prozeß entschlossen, InterKomm und [paeris], waren SIB und GAM zu einer inhaltlichen Einigung über das Manifest (was verlangt hätte, die kurzfristig nicht klärbaren Streitpunkte aus dem Manifest *auszuklammern*) und über die Aufbaustrategie (zunächst Revolutionärer Block oder gleich Mitgliederorganisation?) *nicht* bereit.
- Auch zwischen SIB und GAM/Revolution – von der isl gar nicht erst zu reden – ist nur ein oberflächlicher Konsens zustande gekommen, der jederzeit gesprengt werden kann (s. oben FN 5 und 7), wenn die umstritten gebliebenen Fragen tagesaktuell handlungsrelevant werden.
- Auch quantitativ bedeutet, eine gemeinsame Vorfeldorganisation (ein gemeinsamen „Fischteich“ dieser vier Gruppen) – um nichts anderes handelt es sich bei der jetzt anvisierten NaO – zu gründen, um *keinen* wirklichen Schritt voran. Diejenigen, die auf ein hegelianisches ‚Umschlagen von Quantität in Qualität‘ hoffen, werden mit ein paar Dutzend Leuten in Berlin und rund 100 Leuten bundesweit nicht weit kommen. Im SIB-NEP hieß es dieszbl. halbwegs realistisch: „ein Start mit z.B. 600 Leuten wäre kein wirklicher Schritt vorwärts im Vergleich zum Bestehenden“, was nicht heißt, daß nicht auch ein Zusammenschluß von zwei oder drei ganz kleinen Gruppen sinnvoll wäre, wenn sie sich denn inhaltlich einig sind.
- Aber in Bezug auf die jetzige NaO-Gründung fehlt es an *beidem* – sowohl an der inhaltliche Klasse als auch an der quantitativen Masse: Das Manifest reicht – auch nach Ansicht der GründerInnen – nicht aus, um die beteiligten Gruppen zu *verschmelzen* (warum trotzdem bereits jetzt eine gemeinsame Organisation und nicht zunächst ein Organisationenbündnis gegründet werden soll, wird von den SchnellgründerInnen nicht überzeugend erklärt). Außerdem wird die neue Organisation auch nicht soviel größer als die einzelnen Gruppen sein, daß ein merklicher Zugewinn an Sichtbarkeit und Relevanz eintreten könnten. Vielmehr wird eine Berliner NaO – vor allem hinsichtlich der *aktiven* Mitglieder – nicht viel mehr sein als die Berliner GAM nebst ihrer Jugendorganisation Revolution. Die Berliner isl-Ortsgruppe tritt im hiesigen politischen Leben praktisch nicht in Erscheinung und von den ohnehin nicht vielen SIB-Mitgliedern machen die meisten nicht viel mehr, als bei den wöchentlichen SIB-Sitzungen anwesend zu sein.
- Während die Linkspartei im März 2011 noch von ihrer Beteiligung am Berliner Senat belastet war und mit dem fordistischen Vorsitzenden-Gespann Klaus Ernst und Gesine Löttsch auch personell schlecht aufgestellt und ihr Wiedereinzug in den Bundestag fraglich war, hat sie inzwischen ein nominell antikapitalistisches Grundsatzprogramm, zwei Vorsitzende, die besser in die heutige Zeit passen (bei aller Zweischneidigkeit, die diese Feststellung bedeutet) und den Wiedereinzug in den Bundestag nun geschafft, wo sie Oppositionspartei bleiben wird. Mit relevanten Abwanderungsbewegungen aus der Linkspartei heraus nach links, z.B. in Richtung einer NaO, ist daher für die nächste Zeit (anders als es vielleicht im Falle einer Regierungsbeteiligung der Linkspartei wäre) *nicht* zu rechnen.

Weder die (objektive) gesellschaftliche Lage (Stand der Klassenkämpfe und der sozialen Bewegungen; Kräfteverhältnisse und Beziehungen zwischen unterschiedlichen linken Strömungen; etc.), noch der (subjektive) Stand der Annäherung zwischen den bisher am NaO-Prozeß beteiligten Gruppen sprechen also dafür, daß die Zeit für eine NaO-Gründung (also für eine Gründung *dessen*, was im SIB-NEP als NaO beschrieben wurde!) bereits reif sein könnte. – Einen Verein zu gründen und ihm den Namen „Neue Antikapitalistische Organisation (NAO)“ zu geben, ist dagegen freilich einfach, aber etwas ganz anderes, als im SIB-NEP unter dem Namen „NaO“ angestrebt wurde.

Resümee

Ich komme auf meine fünf Ausgangspunkte zurück:

➤ *Welche meiner damaligen Kritikpunkte sind ausgeräumt worden?*

Wirklich ausgeräumt wurde keiner meiner Kritikpunkte, aber beiden Varianten des Manifest-Abschnittes zum Geschlechterverhältnis (S. 16 - 19 und 19 - 21) stellen einen feministischen Fortschritt dar, indem sie über die marxistische Patentlösung des SIB-NEP „Vergesellschaftung der Hausarbeit“ hinaus Themen, wie Geschlechterstereotypen sowie trans- und homophobe Gewalt ansprechen und auch sprachlich nicht mehr (völlig) in den 70er Jahren steckenbleiben (bspw. wird neben dem Terminus „Frauenunterdrückung“ auch der Begriff „Geschlechterverhältnis“ verwendet).

Eine der beiden Varianten zum Geschlechterverhältnis (die der SIB) „hinterfrag[t]“ darüber hinaus auch die Natürlichkeit der Zweigeschlechtlichkeit; sie bleibt diesbzgl. aber in Zweideutigkeiten stecken (und bleibt folglich eine Begründung schuldig).

Diese relativen Fortschritte werden freilich dadurch konterkariert, daß in den Konsens-Passagen des Manifestes sowie in der GAM-Variante zum Geschlechterverhältnis das Haupt-/Nebenwiderspruchs-Denken erhalten bleibt⁴⁴. Auch das Manifest selbst ist sozusagen, ein Produkt des Haupt/Nebenwiderspruchs-Denkens: Denn allen Beteiligten am NaO-Prozeß klar war, daß es wenig Sinn gehabt hätte, in das Manifest auch zu den einleitenden Passagen zur Krisen-/Lageanalyse (S. 3 - 5) eine Alternativvariante aufzunehmen, weil aus unterschiedlichen Lageeinschätzungen auch unterschiedliche Handlungen folgen. In Bezug auf die beiden Varianten zum Geschlechterverhältnis scheint das (daß [unterschiedliche] Handlungen daraus folgen...) aber nicht der Fall zu sein...

➤ *Welche Kritikpunkte haben sich bestätigt?*

Meine vier Kritikpunkten vom März 2011 – nicht revolutionär genug; nicht feministisch (s. aber vorstehend) und nicht antirassistisch genug; zu dramatisierende Kriseneinschätzung; und Fehlen einer Begründung, warum die Zeit für eine NaO reif sein soll –

⁴⁴ Auch die SIB-Variante tendiert in Richtung Nebenwiderspruchs-Denken, indem es dort – anders als im SIB-eigenen sog. „Eichhörchen-Papier“ – nicht heißt: „die heutige Gesellschaft ...“, sondern: „Der heutige Kapitalismus ist nicht nur von Klassenverhältnissen, sondern auch von rassistischen Herrschaftsverhältnissen und von patriarchalen Geschlechterverhältnissen geprägt.“ – Damit sind Rassismus und Patriarchat *nur zusätzlich Spezifizierungen* des heutigen Kapitalismus, aber *nicht gesellschaftsstrukturell* mit den kapitalistischen Klassenverhältnissen *auf einer Ebene* angesiedelt.

sind weiterhin aktuell. Auch in 2 ½ Jahren Diskussion wurden die damaligen Kritikpunkte nicht ausgeräumt; vielmehr stellt das jetzige Manifest – abgesehen von den Ausführungen zum Geschlechterverhältnis – eine Radikalisierung der von mir kritisierten Fehler dar.

➤ *Wo lag ich falsch?*

Ich hatte im Mai 2011 die Ambitionen der SIB-NEP-AutorInnen, bürgerliche Staaten unter dem Namen „Arbeiterregierung“ regieren zu wollen, übersehen. Auch hatte ich nicht damit gerechnet, daß eine „revolutionäre Massenpartei“ für die SIB-NEP-AutorInnen nicht nur eine langfristige Orientierung ist (was richtig wäre), sondern daß sie meinen, in der BRD innerhalb von weniger Jahren eine „antikapitalistische“ Organisation mit mehreren tausend, wenn nicht zehntausend Mitgliedern (so viele müßten es ja schon sein, wenn es um Regierungsbeteiligungen gehen soll) aufbauen zu können. Die Selbstironie im ersten Satz (bzw. den ersten drei Sätzen) des folgenden Zitates aus dem SIB-NEP, verdeckte(n), daß die SIB-NEP-AutorInnen anscheinend *tatsächlich* davon ausgehen, daß der ‚Anlauf 2011/12‘ noch zu ihren Lebzeiten zu einer „revolutionären Massenpartei“ in der BRD führen könne:

„[...] seit frühester Jugend träumen wir nicht von Modelleisenbahnen, sondern von einer revolutionären Massenorganisation. Und wahrlich, wir haben das in den letzten Jahrzehnten – in teilweise unterschiedlichen Zusammenhängen – schon ein paar Mal probiert. Bisher ist es immer mehr oder weniger in die Hose gegangen. Warum also sollte es 2011 / 2012 anders laufen?“

Die selbst gestellte Frage beantworteten die SIB-NEP-AutorInnen damals jedenfalls nicht explizit. Nach den nachfolgenden Abschnitts-Überschriften zu urteilen, waren es wohl vor allem zwei Gesichtspunkte, aus denen sich der Optimismus der SIB-NEP-AutorInnen speiste: (1.) aus der kapitalistischen Krise und (2.) aus der Entstehung „[n]eue[r] linke[r] Formationen in Europa“.

Eine Krise produziert aber nicht automatisch organisierungswillige RevolutionärInnen und nicht einmal automatisch Sozialproteste (umso mehr Zeit und Energie für die Organisation des Alltagslebens draufgeht, desto weniger Zeit bleibt vielmehr für politischen Aktivismus); und die Wichtigste der von den SIB-NEP-AutorInnen behandelten „[n]eue[n] linke[n] Formationen in Europa“, die NPA in Frankreich, erwies sich mittlerweile als kolossaler Fehlschlag: Die NPA hat heute weniger Mitglieder als die LCR zu dem Zeitpunkt hatte, als sie zur Gründung der NPA aufrief. Es bleibt also weiterhin unklar, warum die Zeit für eine NaO-Gründung reif sein soll.

Schließlich hatte ich unterschätzt, daß die SIB-NEP-AutorInnen Herrschaft anscheinend vor allem als Repression denken und folglich die hegemonialen Fähigkeiten der Herrschenden und die Integriertheit der Beherrschten kolossal unterschätzen.

➤ *Welche Kritikpunkte sind hinzugekommen?*

Das jetzige Manifest hat keinen Antikapitalismus im Sinne der marxistischen Kritik der Politischen Ökonomie zu bieten, sondern nur ein loses, feuilletonistisches Gerede über „den Kapitalismus“. – Dies wird freilich nicht erleichtern, die erhofften zahlreichen Mitglieder zu bekommen, denn den Platz der feuilletonistischen Kapitalismus-Kritik hat die Linkspartei schon längst besetzt.

➤ *Was haben 2 ½ Jahre Diskussion gebracht? – Hat's sich gelohnt?*

Naja, das Ergebnis ist auf alle Fälle mager:

- Jedenfalls hat der NaO-Prozeß Aufmerksamkeit für Organisierungsfragen auch über die unmittelbar Beteiligten hinaus geschaffen – *wieviel* und *ob positive* Aufmerksamkeit ist freilich schwer zu sagen.
- Ansonsten war es in erster Linie ein Bildungserlebnis: Ich habe viel über den Trotzismus und seine unterschiedlichen Strömungen gelernt.
- Während sich die inhaltlichen und strategischen Differenzen zu isl, GAM, Revolution, SIB und SoKo nicht überwinden ließen und teilweise sogar als tiefer als ursprünglich gedacht herausgestellt haben, haben sich mit IBT, InterKomms, [paeris] und RSB sowie (soweit es nicht um das Geschlechterverhältnis geht) mit dem Genossen systemcrash immerhin eine ganze Reihe von politik-methodischen Gemeinsamkeiten und auch einige grundlegende inhaltliche Übereinstimmungen in der Essential-Diskussion ergeben. Ob sich diese Gemeinsamkeiten vertiefen und in einen eigenen gemeinsamen Organisationsprozeß umsetzen lassen, wird sich erst noch zeigen müssen. – Bisher ist auch das Lesen von Texten dieser vier Gruppen, vor allem ein Bildungsergebnis, dem einige fraktionelle Treffen folgten, die jetzt fortgesetzt werden sollen.
- Mit den politischen Interventionen in Sachen europäischer Streik- und Aktionstag N-14 am 14. November 2012 und LL- bzw. Rosa- und Karl-Demo 2013 konnten die am NaO-Prozeß beteiligten Gruppen ein paar Akzente setzen; ansonsten handelte es sich bei der politisch-praktischen Seite des NaO-Prozesses um das übliche Klein-Klein, das nicht groß der Rede Wert ist.
- Was schließlich das SIB-NEP anbelangt: Im Schielen auf die vermeintlichen „Massen“ wurden in den 2 ½ Jahren dessen wichtigsten *und nach wie vor richtigen* Gedanken preisgegeben:
 - *Daß es sich um eine revolutionäre Organisation handeln solle:* „Die neue Organisation wird revolutionär sein oder sie wird gar nicht sein.“ (SIB-NEP) – Nun soll es statt dessen eine reformistisch-revolutionäre Mischorganisation werden.
 - *Daß es sich um eine spektralen-übergreifende Organisation von „Marxismus‘ und ‚Autonomie‘, Links-Sozialisten / Links-Kommunisten und Bewegungslinke“ handeln solle:* „Das neue Projekt wird vielleicht alles mögliche, aber sicher nicht ‚trotzkistisch‘.“ (SIB-NEP) – Nun definieren statt dessen die TrotzistInnen der SIB und der GAM den NaO-Charakter.
 - *Daß eine Organisation nicht einfach aus dem Boden gestampft werden kann:* „Eine revolutionäre Organisation ist kein voluntaristischer Akt, kann nicht einfach proklamiert werden, [...]“⁴⁵ /

⁴⁵ Freilich lag schon in diesem Satz ein spontaneistischer Irrtum, denn er wurde wie folgt fortgesetzt: „sondern wird Resultat verallgemeinerter Kämpfe und Mobilisierungen sein“. – Nein, die Schaffung einer revolutionären Organisation ist weder einfach ein voluntaristischer Gründungsakt (auch wenn sie einen Gründungsakt einschließen muß), noch ist sie einfach ein „Resultat verallgemeinerter Kämpfe und Mobilisierungen“. Vielmehr wird eine revolutionäre Organisation *vielleicht* – wenn sie eine gute politische Praxis entwickelt – in Folge von „verallgemeinerte[n] Kämpfe und Mobilisierungen“ *wachsen*. Aber die *Schaffung* einer revolutionären Organisation setzt zunächst einmal RevolutionärInnen mit der *Einsicht in der Notwendigkeit von revolutionärer Organisation* und eine Maß an *inhaltlicher Übereinstimmung*, das die Organisationsgründung und die anschließende politische Praxis *trägt*, voraus. – Beides

„Seriosität vor Tempo“ (SIB-NEP). – Nun wird statt dessen eine „NaO“-Gründung durch vier Gruppen auf dünner programmatischer Grundlage über's Knie gebrochen.

- *Die Kombination von Minimalkonsens-Methode (revolutionäre Essentials) und ernsthafter Diskussion und Annäherung hinsichtlich der weiteren Fragen als Methode, um die Voraussetzungen für eine Organisationsgründung zu schaffen:* „Für uns gibt es nur 5 unverhandelbare Punkte: [...]. Über alles andere müssen wir reden.“ / „„Ernsthaft‘ hieß[e] für uns u. a., nicht nur das zu wiederholen, was wir immer schon gesagt haben, sondern uns auch mit dem auseinanderzusetzen, was die potentiellen Partner meinen.“ / „Ohne theoretische Reflexion und Weiterentwicklung geht's nicht. Apropos theoretische Weiterentwicklung: Das Papier ist eh schon viel zu lang und trotzdem gibt's noch jede Menge Diskussionsbedarf: [...].“ (SIB-NEP) – Statt dessen wurde die Essential-Diskussion ohne Beschlußfassung und ohne Begründung abgebrochen und statt dessen das Manifest ohne Konsens und ohne gründliche Diskussion durchgedrückt.

Die NAO, die nun SIB, GAM & Co. gründen wollen, wird *nicht* revolutionär sein, auch wenn subjektive RevolutionärInnen in ihr mitmachen werden; sie wird *nicht* spektrenübergreifend sein, sondern weit überwiegend aus (Ex-)TrotzkistInnen und ein paar anderen TraditionsmarxistInnen bestehen. Sie wird gegründet werden, *ohne* daß ausreichende inhaltliche Gemeinsamkeiten vorhanden sind – sei es auch nur zwischen den GründerInnen oder gar allen bisher am NaO-Prozeß Beteiligten. Ihr ging keine ernsthafte Diskussion und theoretische Reflexion voraus, sondern nur ein schlichter – und nicht besonders sorgfältiger (s. oben FN 5 und 7) – Positionsabgleich zwischen SIB und GAM; und alles jenseits des vermeintlichen SIB/GAM-Konsens wurde argumentlos weggedrückt.

Das SIB-NEP erwies sich daher leider als Nepp-Papier!

ergibt sich *nicht* einfach aus „verallgemeinerte[n] Kämpfe und Mobilisierungen“. Das ist die große Lehre aus Lenins *Was tun?* ([LW 5, 355 - 551](#)), die SIB, GAM, Revolution und isl mit ihrer NAO-Gründung vergessen oder nie verstanden haben.

Dieses Vergessen oder Nicht-Verstehen setzt bei einem Teil der Beteiligten eine Tendenz fort, die die IV. Internationale schon seit dem Ende des II. Weltkrieges prägt. Frank Richards (a.a.O. [FN 15]) kritisierte bereits im Jahr 1975 an einer ganzen Abfolge von Ereignissen und Dokumenten, daß die IV. Internationale dahin tendiert, die Rolle der revolutionären Avantgarde auf eine bloße Teilnahme und Unterstützung von Massenbewegungen zu reduzieren (s. dazu den hiesigen Anhang 3). – Bleibt nur die Frage, warum die GAM, die ihrerseits nicht aus einer direkten Abspaltung von der IV. Internationale entstanden ist und die die Einsichten Lenins theoretisch deutlicher höher hält als viele Gruppen der IV. Internationale, mit ihrer Unterstützung für das NaO-Manifest nun ihrerseits auf die Linie der Überschätzung der Bedeutung spontaner ökonomischer Kämpfe einschwenkt...

Anhänge

Anhang 1:

FN [6] - [8] meines Papiers „*Zehn Punkte die wir diskutieren sollten*“ vom Juni 2011

[6] Das von der isl anvisierte Projekt könnte sich nur dadurch von der Linkspartei merklich unterscheiden, daß der dortige Regierungs-Flügel diese verlassen oder der Nicht-Regierungsflügel ein neues Projekt ins Leben rufen würde. Ob sich RevolutionärInnen *dann* an einem solchen Projekt beteiligten sollten, muß hier nicht diskutiert werden. Was sich jedenfalls aus dem Schicksal der [Z-Fraktion](#) um Rainer Trampert und Thomas Ebermann in den Grünen der 80er Jahre lernen läßt, ist, daß sich RevolutionärInnen auf ein solche Bündnis-Projekt mit GradualistInnen (und vielleicht sogar RadikalreformistInnen) nur einlassen sollten, wenn sie eigene Strukturen *außerhalb* des Bündnisprojektes behalten und nicht voll und ganz in dem dortigen Fraktionskampf aufgehen.

[7] So heißt es dort [in dem IL-Text von 2008] bspw. „Historisch war das Verhältnis von moderaten und radikalen Linken und der sozialen Bewegungen stets durch die Polarisierung auf ein letztes Entweder-Oder bestimmt: Reform oder Revolution, [...].“ Das ist Geschichtsklitterung: Das mag in Bezug auf den Gegensatz von Sozialdemokratie und AnarchistInnen, von Grünen und Autonomen zutreffen; die Positionen von Lenin, Trotzki und auch Luxemburg oder auch in den 70er und 80er Jahren die des KB, werden damit nicht getroffen.

Weiter wird bspw. davon gesprochen, daß unter bestimmten Bedingungen ein „revolutionärer Anspruch zur Darstellung der eigenen Identität“ verkomme, „die das Kernelement revolutionärer Aktion – den Kampf und die Bewegung der Vielen – aufgegeben hätte“. Das ist sicherlich wahr; aber es ist trotzdem etwas anderes, als zu sagen: „Wir verstehen uns als RevolutionärInnen, was für uns heißt, nicht auf den Alleingang der bereits Überzeugten zu setzen, sondern den Kampf und die Bewegung der Vielen anzustreben.“

Und, wenn unter der Zwischenüberschrift „Revolutionäre Organisation und Autonomie sozialer Bewegungen“ das Wort „revolutionär“ nicht wiederholt, sondern statt dessen geschrieben wird, „Wir wollen nie wieder zurück hinter den Pluralismus der Bewegungen und Subjektivitäten, nie wieder zurück zur Unterordnung der Bewegungen unter ‚die‘ Organisation. Organisationsprozesse mit antagonistischer Perspektive wie die IL sind besondere Medien der sozialen und politischen Kämpfe, sie sind aber nur ein Medium unter anderen.“, dann hört sich das danach an, daß

- „revolutionär“ mit „Unterordnung der Bewegungen unter ‚die‘ Organisation“ in Verbindung gebracht wird
- und „Organisationsprozesse mit antagonistischer Perspektive“ nicht einfach ein Synonym für „Revolutionäre Organisation“ ist, sondern die Akzente bewußt anders setzt.

Sicherlich mag es mit einem bloßen „Pluralismus der Bewegungen und Subjektivitäten“ antagonistische – i.S.v. radikal *oppositionellen* – Praxen geben. Wie es aber revolutionäre, d.h.: *umstürzende*, Handlungsfähigkeit ohne ein Minimum von Vereinheitlichung geben *kann* (bzw. ob es sie nach Vorstellung der IL überhaupt geben *soll*), wird nicht gesagt.

[8] Der Satz, „Interventionistische Politik möchte die antagonistische Perspektive und den Bezug auf das Gemeinsame mit den konkreten Bewegungen und Kämpfen verbinden, deren Teil wir sind.“, *sagt jedenfalls nicht explizit*, daß es der Sinn der ‚Interventionen‘ der IL ist, eine „antagonistische Perspektive“ in die „konkreten Bewegungen und Kämpfe“ *hineinzutragen*; vielmehr scheint sich die IL darauf beschränken zu wollen, für *sich selbst* den Bezug auf derartige Bewegungen und Kämpfe sowie – anscheinend – das schlichte ‚*Haben*‘ einer „antagonistische Perspektive“ zu verbinden. Es heißt zwar auch, „Eine radikale Linke [als deren Teil sich die IL insoweit anscheinend versteht] wird im Dazwischengehen deshalb immer auch sag-, sicht- und streitbar machen, dass rebellische Wünsche und emanzipatorische Kämpfe konsequent nur in einer Politik des offensiven Bruchs mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen ausgefochten werden können.“ – Dieser Satz geht aber in einem weitschweifigen Gerede über „lange Prozesse“ und „Kommunikation“ ziemlich unter: „Die Interventionistische Linke ist eine Linke in und zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen, eine Linke, der es vor allem anderen darum geht, solche Bewegungen in Kommunikation und Aktion zu bringen. Kommunikation meint hier weit mehr als Papiere zu schreiben, meint vielmehr den tatsächlichen Austausch, den Blick über den eigenen Tellerrand und das Ausloten gemeinsamer und unterschiedlicher Interessen und Aktionsperspektiven: Kommunikation ist das Medium, in dem sich verschiedene soziale Kämpfe gemeinsam in Richtung auf ein alternatives (welt-)gesellschaftliches Projekt radikalieren können.“ – *Die Kämpfe radikalieren „sich“* – einen spezifischen Beitrag von Organisationen scheint es dazu nicht zu geben, denn sie sind – wie bereits in FN [7] zitiert – nach Ansicht der IL „nur ein Medium unter anderen“.

Anhang 2:

Auszug aus FN [1] meines „Zehn Punkte“-Textes

„[bei früherer Gelegenheit](#) hatte ich bereits formuliert: ‚Ich würde sagen, hypothetisch kann es eine Gesellschaft geben, die kapitalistisch ist, ohne sexistisch und ohne rassistisch zu sein. Die kapitalistische ‚Logik‘ ist als solche indifferent gegenüber den Geschlechtern und Rassen. Sie ist historisch [kontingent](#) mit Patriarchat und weißen Rassismus verbunden; genauso kontingent könnte sie auch mit umgekehrten Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen in diesen gesellschaftlichen Verhältnissen oder eben auch mit der Auflösung dieser Verhältnisse verbunden sein. [...]. Eine ganz andere Frage wäre es, ob es in Anbetracht der (historisch kontingent) gegebenen Verflechtung der verschiedenen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse *faktisch* möglich

ist, sie unabhängig von einander wirklich erfolgreich zu bekämpfen. Da bin ich skeptisch, [...].’

Vgl. dazu auch noch die vom blog [Entdinglichung](#) gefundene Formulierung: ‚historisch aber konnte der Kapitalismus sich aber nur rassistisch und patriarchal entwickeln, ein nichtrassistischer und nichtpatriarchaler Kapitalismus ist zwar logisch und abstrakt denkbar aber historisch-praktisch unmöglich, da die Lasten der Vergangenheit und die trägen Ideologien nicht einfach abgestreift werden können; bezüglich patriarchaler und rassistischer Strukturen steht das (strukturell amoralische) Kapital vor dem Dilemma, dass diese sowohl Hindernis (bezüglich der Verfügbarkeit der Ware Arbeitskraft) andererseits auch Notwendigkeit (Reproduktion der Ware Arbeitskraft, Extraprofite durch unfreie Arbeit, Spaltung der Klasse, etc.) waren bzw. sind ... zum Triple Oppression-Ansatz ist zu sagen, dass er vom Anspruch her richtig und sympathisch aber in aller Regel analytisch ungenügend ist und vor 20 Jahren als billige Begründung zur Nichtbeschäftigung mit der Klasse instrumentalisiert wurde’.“

Anhang 3:

Frank Richards, *The Question of the International*

in: *Revolutionary Communist*. Theoretical Journal of the Revolutionary Communist Group, Iss. 2, May 1975

hier zit. n. der dt. Übersetzung: *Die Frage der Internationale*

in: *Ergebnisse & Perspektiven*, Sonderausgabe Nr. 1, Jan. 1976, 31 - 50

Die Zeitschrift *Ergebnisse & Perspektiven* erschien als *Theoretisches Organ des Spartacusbundes* im Ergebnisse & Perspektiven Verlag in Essen.

S. 34: „Daß [im Resolutionsentwurf des Internationalen Sekretariats der 4. Internationale von 1947] als Hauptaufgabe der 4. Internationale die Teilnahme an den Massenbewegungen dargestellt wird, verdeutlicht die beschränkte Vorstellung davon, wie man die Frage der revolutionären Führung aufwarf. Eine Krisentheorie, die von ‚unvermeidlichen Kämpfen‘ des Proletariats spricht, reduziert revolutionäre Politik auf eine schicksalsergebene Formel und ignoriert die Aufgaben, denen sich die 4. Internationale tatsächlich gegenüber sah.“

Nicht-numerierter Seite zwischen S. 35 und S. 36: 1949 wurde in Bezug auf den Titoismus die Aufgabe der „revolutionären Avantgarde“ von Michel Pablo darauf reduziert, „sich der immensen Möglichkeit der jugoslawischen Entwicklung *bewußt zu sein* und das Äußerte zu unternehmen, um sie *zu unterstützen*“⁴⁶. Richards kritisierte daran, daß diese „Verkürzung der permanenten Revolution auf einen objektiven Prozeß [...] die Leugnung (der Notwendigkeit) der revolutionären Führung und der Existenzberechtigung der revolutionären Partei“ impliziere. Trotzki selbst habe sich demggü. *dagegen* gewandt, „aus der Möglichkeit einer permanenten Entwicklung der Revolution (vorausgesetzt die kommunistische Politik ist korrekt) eine scholastische Leerfor-

⁴⁶ [Evolution of Yugoslav Centrism](#), in: *From Fourth International* Vol.10, No.10, Nov. 1949, 291 - 297 zit. n. Richards – meine Hv., dg.

mel zu machen, die auf einen Schlag und für alle Zeit eine revolutionäre Situation ‚auf viele Jahre hinaus‘ garantiert.“ Auf diese Weise werde „der permanente Charakter der Revolution ein Gesetz, das sich über die Geschichte erhebt und unabhängig wird von der Politik der Führung und den materiellen Bedingungen der revolutionären Ereignissen.“⁴⁷

S. 36: Mit der These, daß der „objektive Prozeß [...] in letzter Instanz der einzig bestimmen Faktor, über alle Hindernisse subjektiver Natur hinweg“ sei (Michel Pablo 1951), werde, so Richards, „die Konzeption der revolutionären Führung und des revolutionären Programms total über den Haufen geworfen.“ Statt dessen komme „die Revolution auf den Wogen der Geschichte“ – als bloßes „Ergebnis eines objektiven Prozesses“.

1952 setzt Pablo noch eins darauf: „Die Situation ist allenthalben vorrevolutionär in verschiedenen Abstufungen und entwickelt sich in Richtung Revolution in relativ kurzer Zeit. Und dieser Prozeß ist von nun an im allgemeinen *irreversibel*.“⁴⁸

S. 40: 1963 hoffte die IV. Internationale, daß „Versuche, die hartverdienten hohen Löhne auch nur geringfügig zu senken, oder die weitverbreitete Angst, daß ein derartiger Versuch vorbereitet wird, *können unter bestimmten Bedingungen große Klassenaktionen auslösen, die dahin tendieren, schnell von einem defensiven zu einem offensiven Stadium überzugehen und Kämpfe mit einem objektiv revolutionären Charakter um Übergangslösungen auf die Tagesordnung stellen*. Solche Kämpfe können sogar zu revolutionären Situationen führen.“⁴⁹ In diesem historischen Determinismus komme „die Frage der Partei und des Programms“ überhaupt gar nicht mehr vor, so Richards.

Auf **S. 43 f.** kritisiert Richards an dem *Entwurf einer Politischen Resolution der Mehrheitstendenz* (in: *IIDB*, Okt. 1973, 3), daß er die Frage, wie „die Massenbewegung zur Revolution zu führen“ sei „in der Schwebe“ lasse: „Die einzige Perspektive, die vorge-tragen wird, ist, die die existierenden Kämpfe noch mehr antikapitalistisch zu machen, statt“ – wie es richtig wäre – „ökonomischer Politik eine revolutionäre Strategie gegenüberzustellen.“ Das Dokument sei außerdem „nicht in der Lage wahrzunehmen, daß Kräfte die ‚unabhängig‘ von der traditionellen bürokratischen Führung der Arbeiterklasse existieren, nicht notwendigerweise (auch) von der reformistischen Ideologie unabhängig sind.“ „Die Mehrheit [der IV. Internationale] mag es nützlich finden, sich an Leuten zu orientieren, die ‚zur Aktion übergegangen‘ sind. Revolutionäre Kommunisten jedoch müssen mehr tun, als empirisch anerkennen, daß jemand aktiv geworden ist, um eine politische Strategie zu entwickeln.“

⁴⁷ *Problems of the Chinese Revolution*, New York, 1969, 125 / *China, die erwürdigte Revolution*. Bd. 2, Berlin, 1975, 68 f. zit. n. Richards.

⁴⁸ *Bericht an das Zehnte Plenum des Exekutivkomitees der Vierten Internationale* (Feb. 1952), in: *International Information Bulletin*, Juni 1952 zit. n. Richards – meine Hv., dg

⁴⁹ *Dynamics of world revolution today – Text of resolution adopted by the Reunification Congress of the Fourth International*, Juni 1963, in: *ISR*, Herbst 1963 zit. n. Richards – meine Hv., dg.

Anhang 4:

„Die Jugend“ gibt es nicht!

Auszug aus dem Artikel *Die »Revolutionäre Internationale der Jugend« und die Aufgaben der Trotzlisten* in: *Spartacus* Nr. 22 vom Mai/Juni 1971, S. 27 - 31 (30 f.):

Was [...] sind die besonderen Interessen *der* Jugend, die veranlassen könnten, über alle Klassenschranken hinweg eine einheitliche Kampffront zu errichten [...]?

In dem Aufruf [für die „internationale Versammlung der Jugend in Deutschland im Sommer 71“] heißt es: „Die Jugend will leben, in Hoffnung und Freiheit, und um zu leben, muß sie kämpfen. – Die Jugend strebt nach dem Leben, die Jugend braucht begeisternde Perspektiven. Bürokraten und Bourgeois bieten nur schmutziges Leben, Arbeitslosigkeit, Mühsal, Erniedrigung, Krieg und Elend“. Nun ja, daß es unter der Herrschaft von Bourgeoisie und Bürokratie für die große Mehrheit der Menschen nur Elend und Mühsal geben kann, ist nicht zu leugnen, auch nicht, daß die Jugend noch am ehesten bereit ist, dagegen zu opponieren. Aber die Abschaffung dieser Zustände kann an sich noch nicht der Inhalt eines Programms sein. [...].

Was für die Klassen insgesamt richtig ist, gilt aber entsprechend auch für die Jugend. Denn die Probleme der *proletarischen Jugend*, [...], sind in demselben Maße auch Probleme der gesamten Klasse, wie die proletarische Jugend das Proletariat von morgen ist, wie mit ihr das Proletariat von morgen strukturiert und geformt wird und wie sie schon heute in ein konkurrenzhaftes Verhältnis zu ihren älteren Klassengenossen gebracht wird. Das Ziel ihres Kampfes ist von dem der Klasse insgesamt nicht verschieden: der Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Mittel zum Aufbau des Sozialismus.

Aber der Oberschüler, der Student? Welches Interesse haben sie am Sozialismus? Sicher, daß die Idee der klassenlosen Gesellschaft eine „begeisternde Perspektive“ ist, läßt sich nicht leugnen. [...]. **[31]** [...].

Das alles heißt natürlich nicht, daß wir die Bedeutung der jugendlichen Angehörigen der Intelligenz für die proletarische Bewegung unterschätzten, und wenn sie in der revolutionären Organisation einen entsprechenden Rahmen finden, dann können sie aufgrund ihrer theoretischen Fähigkeiten und Kenntnisse von enormem Nutzen sein. Die Bedingung aber ist, daß sie diese Arbeit nicht mehr *a/s* Schüler, nicht *a/s* Studenten leisten, daß sie bereit und fähig sind, ihre besonderen sozialen Interessen hinter ihrer politischen Arbeit zurückzustellen.

[...], wir meinen nicht, daß es einen Kampf „der“ Jugend gibt, wenn man darunter mehr versteht als die äußerliche Gemeinsamkeit der Form, die der Protest auf einer noch unentwickelten Stufe annehmen kann. Der Sozialismus ist und kann nur sein das klassenspezifische Kampfziel des Proletariats und seiner Jugend; seine Darstellung als Ziel der Jugend insgesamt bedeutet nur seine inhaltliche Entleerung, reduziert ihn von einem – natürlich nicht unmittelbaren, sondern selbst zu vermittelnden – Kampfziel zu einer „begeisternden Perspektive“, zu einer fixen Idee jugendlichen Überschwanges. Die RIJ, unter diesem Vorzeichen konstituiert, wird alles andere sein als eine Kampforganisation; über schöne Reden, große Versammlungen, die Verabschiedung vielversprechender Resolutionen und mehr oder weniger mitreißender Aufrufe, alles gegen Imperialismus und Stalinismus und für die sozialistische Revolution, wird sie nie hinauskommen können.